

## Nationale Idee und politisches Ziel (III)

Von

W. M. Frhr. von Bissing - Marburg

### IV. Alld deutscher Gedanke und Chauvinismus statt nationaler Idee 1890 bis 1918

Die großen Erfolge in den deutschen Einheitskriegen hatten besonders in der Jugend eine Überheblichkeit entstehen lassen, die meinte, daß das deutsche Volk den anderen europäischen Großmächten trotz ihrer ausgebildeten Macht überlegen wäre, weil — wie es die siegreichen Kriege gezeigt hätten — Deutschland die besseren militärischen Einrichtungen und Führer besaß. Dieses militärische Überlegenheitsgefühl war die eine Wurzel des Chauvinismus. Sie fand Boden in fast allen Schichten der Gesellschaft mit Ausnahme der international eingestellten Arbeiter. Die zweite Wurzel entstammte dem Kleinbürgertum. Dieses war durch die fortschreitende Entwicklung zum Industriestaat in seiner Existenz durch die sich ausbreitende Großindustrie bedroht. Sein gesellschaftlicher und politischer Einfluß verminderte sich zugunsten des großen Besitzbürgertums. Dieser gesellschaftliche Druck, der auf dem Kleinbürgertum lastete, rief in ihm ein gewisses soziales Minderwertigkeitsgefühl hervor. Es wurde in der Weise abreagiert, daß man ein überspanntes Nationalgefühl zur Schau trug. Dieses und der alte Nationalfehler der Deutschen, der Neid<sup>48</sup>, wandte sich gegen die alten Großmächte, die die Erde mehr oder minder unter sich aufgeteilt hatten, so daß für das neu in den Kreis der Großmächte eintretende deutsche Volk nichts mehr übrig blieb. Das Deutsche Reich schien in den Augen des Kleinbürgertums nicht die Weltgeltung zu besitzen wie die anderen großen Mächte, und die das Kleinbürgertum auch für Deutschland beanspruchte. Man vergaß, daß diese Stellung der Großmächte die Frucht des Schaffens von Generationen war. Man wollte nun in wenigen Jahren das „auch haben“, was die alten großen Mächte sich in Jahrhunderten errungen hatten. In den Augen der Kleinbürger gehörten die Deutschen zu den Habenichtsen.

<sup>48</sup> Arnold Oskar Meyer, Bismarck 1949, S. 529.

Der geistige Boden, auf dem der deutsche Chauvinismus wachsen konnte, war die Verherrlichung der Macht durch Nietzsche und Treitschke als dem entscheidenden Motor der Politik.

Chauvinismus aber kann nie die Grundlage einer nationalen Idee werden, weil er nicht auf einer nüchternen Abstraktion der gegebenen Wirklichkeit beruht, sondern das Produkt einer überwiegend von gefühlsmäßigen Momenten geleiteten und daher einseitigen Betrachtung politischer Kräfte, historischen Geschehens und der sich daraus ergebenden Möglichkeiten ist. Wert und Bedeutung anderer Völker werden herabgesetzt und ihnen wird nicht die gleiche Lebensberechtigung zuerkannt wie dem eigenen Volk. Damit aber verleugnet der Chauvinismus die Entelechie, für die alle Völker, jedes nach seiner Art und Leistung, die gleiche Bedeutung haben.

Das Charisma Bismarcks hatte die ersten Keime des Chauvinismus noch niedergehalten. So war es kein Wunder, daß sie nach seinem Abgang schnell in die Höhe schossen, und daß die Chauvinisten sich auf Grund seines Charisma gerade auf seine Kritik am Abkommen über Helgoland beriefen und ihn auf diese Weise vor ihren Wagen zu spannen suchten. Im Jahre 1891 entstand in Frankfurt am Main die politische Organisation des Chauvinismus, der Alldeutsche Verband, zu dessen Gründern auch ein Referendar, Dr. Alfred Hugenberg, gehörte. Die anderen Gründer kamen aus kleinbürgerlichen Kreisen, in denen man damals schon vom deutschen Herrenvolk sprach, das sich seinen Anteil an der Welt selber zu nehmen hätte, und deswegen rief man laut: „Deutschland wache auf“<sup>49</sup>. Ferner wurde der Kampf gegen die „Reichsfeinde“, Zentrum und Sozialdemokratie, auf das Banner geschrieben, und so kam eine enge Verbindung zum Reichsverband gegen die Sozialdemokratie zustande. Die Finanzierung des Verbandes erfolgte durch Beiträge seiner Mitglieder. Erst nach der Jahrhundertwende erhielt er Mittel aus dem Dispositionsfonds des Reichsmarineamts und dann später durch Kiderlen aus Mitteln des Auswärtigen Amtes. Die Schwerindustrie war zunächst an der Finanzierung nicht beteiligt. Das war erst im ersten Weltkrieg der Fall, als dem Verband durch Hugenberg Mittel zufließen, die offenbar aus schwerindustriellen Quellen stammten.

Die Masse seiner Mitglieder, im Ganzen etwa 20 000 bis 25 000, waren in erster Linie Lehrer an den Hochschulen und an den höheren Schulen, pensionierte Offiziere, Beamte und Kleinbürger. Professoren und Lehrer verhalfen dazu, daß die Gedanken des Alldeutschen Verbandes in die Köpfe der Jugend eindringen und auf diese Weise der Verband eine größere Tiefenwirkung entfalten konnte, als ihm eigent-

<sup>49</sup> Alfred K r u c k , Geschichte des Alldeutschen Verbandes, Wiesbaden 1954.



lich seiner Mitgliederzahl nach zukam. Eine ausgesprochene Machtstellung im öffentlichen Leben hat der Verband nie eingenommen, sondern er wirkte durch seine Beziehungen, die er zu einzelnen rechtstehenden Parteien des Parlaments hatte.

Als auf einen seiner geistigen Väter berief sich der Alldeutsche Verband mit Unrecht auf Bismarck, dessen Charisma er nur ausnutzte, während er sich mit Recht auf Heinrich von Treitschke berief. Die Alldeutschen sahen im englischen Imperialismus das Vorbild nationalen und politischen Verhaltens, und wegen dieses Imperialismus war England in ihren Augen der Todfeind Deutschlands. Kaiser Wilhelm II. und die Reichskanzler standen dem Wirken des Alldeutschen Verbandes ablehnend gegenüber.

Die führende Schicht, der Adel und der ostelbische Großgrundbesitz, brachte den Bestrebungen des Alldeutschen Verbandes bis zum ersten Weltkrieg wenig Interesse entgegen. Dieses war vielmehr in erster Linie auf die innere Politik gerichtet. Dort kam es darauf an, daß das Parlament nicht an Macht gewann und daß die politischen Machtstellungen des Adels erhalten blieben<sup>50</sup>. Dazu gehörte in Preußen das Herrenhaus und das Dreiklassenwahlrecht. In der Außenpolitik dagegen hielten sich die Konservativen zurück, weil sie an der parlamentarischen Beschäftigung mit außenpolitischen Fragen eine Förderung des parlamentarischen Einflusses und ein Hinabgleiten in das gefürchtete parlamentarische System sahen, das ihrer politischen und gesellschaftlichen Machtstellung ein Ende machen mußte<sup>51</sup>. Mit dieser ausgesprochenen Hinwendung zur Innenpolitik war naturgemäß der Entwicklung einer nationalen Idee in der führenden Schicht ein Riegel vorgeschoben.

Im Großbürgertum machten sich dagegen ökonomisch-imperialistische Strömungen breit. Sie gingen zunächst von den großen Banken aus, die durch Kreditgewährung an die südamerikanischen Staaten sich dort einen beherrschenden Einfluß sicherten, und außerdem drang über sie deutsches Kapital in die Türkei ein und führte dort zum Bau der Bagdadbahn. Hier zeigte sich das Unverständnis des großen Besitzbürgertums für außenpolitische Rückwirkungen, weil es, von den entscheidenden Stellen der Außenpolitik ferngehalten, kein Verständnis für die politische Dynamik und für die Interessen anderer Völker hatte.

Der imperialistische Gedanke wurde literarisch durch das Bildungsbürgertum vertreten. Es waren Männer wie Paul Rohrbach und Friedrich Naumann<sup>52</sup>, die — allerdings frei von jedem Chauvinismus

<sup>50</sup> Walter Görlitz, Gustav Stresemann, Heidelberg 1947, S. 32 u. 47.

<sup>51</sup> Erich Eyck, Das persönliche Regiment Wilhelms II., Zürich 1948, S. 29.

<sup>52</sup> Paul Rohrbach, Der deutsche Gedanke in der Welt 1912. Fr. Naumann, Neudeutsche Wirtschaftspolitik.

— einen friedlichen Imperialismus durch wirtschaftliche und kulturelle Durchdringung ohne Eroberung und Gewalt propagierten. Sie hatten eine deutsche Aufgabe vor Augen, wenn z. B. Paul Rohrbach sagt: „Daß wir dazu in das Spiel der Weltkräfte hineingestellt sind, um sittliche Tüchtigkeit nicht für uns, sondern auch für die ganze Menschheit zu erarbeiten und zu bewähren.“ Das Mittel dazu sei der deutsche Gedanke, der „sittliche Idealgehalt des Deutschtums als gestaltende Kraft im gegenwärtigen wie im zukünftigen Weltgeschehen.“ Das war vielleicht ein Ansatzgedanke, der sicher turmhoch über dem „Auchhaben“ der kleinbürgerlichen Alldeutschen stand. Aber Rohrbach verkannte doch, daß der Idealgehalt des Deutschtums keine Exportware war, nach der bei anderen Völkern eine glühende Nachfrage war. Sie nahmen diese Ware vielmehr nicht ab, weil sie ihrem Wesen und der ihnen auferlegten Aufgabe widersprach, die nur zu lösen war, wenn sie ihre eigenen Fähigkeiten voll entfalteten. So war also in den Anregungen Rohrbachs doch keine nationale Idee enthalten. Diese Gedanken konnten sich auch in Deutschland nicht durchsetzen, denn der Chauvinismus war einfacher zu begreifen. Gegen den Chauvinismus erhob zwar Lienhard im Jahre 1912 seine Stimme, als er dem deutschen Volk zurief:

„Wenn Deutschland seine Sendung vergißt . . .  
Wenn Deutschland versäumt, seine heilige Sendung  
und nicht mehr vorangeht in Drang und Vollendung,  
wenn es vom Haß, der in Spannung hält  
die eiserne Welt,  
zur neuen Liebe den Weg nicht weist —  
so wisse: dein Glück und dein Reich zerschellt“<sup>53</sup>.

Lienhard begnügt sich nur mit einer negativen Warnung; es fehlt die positive Aufgabe, die Deutschland im Rahmen der anderen Völker zu erfüllen hätte. Bei Rohrbach und bei Lienhard klingt aber eine Note an, die die Deutschen zu präzeptores mundi machen möchte. Und das gerade lehnten die anderen Völker aus ihrer Eigenart und aus Stolz auf ihr selbständiges Dasein ab.

Die Arbeiterbewegung stand aus ihrer Hinneigung zur Internationale dem Rohrbachschen Gedanken ebenso wie dem Chauvinismus ablehnend gegenüber. Nationales Denken galt als reaktionär. Aber dennoch vollzog sich in der Sozialdemokratie langsam eine Entwicklung im Denken, das sie einmal von der Internationale abwenden sollte. Als Engels im Jahre 1895 gestorben war, begann die durch seine Autorität bis dahin niedergehaltene revisionistische Lehre des Marxschen Ge-

<sup>53</sup> Nach Walter Hof, *Der Gedanke der deutschen Sendung in der deutschen Literatur*, Gießen 1937, S. 122.

dankengebäudes sich stärker durchzusetzen. Ihr Führer war Eduard Bernstein, und der Revisionismus bedeutete eine Abkehr von der Theorie, daß nur durch eine Revolution eine Änderung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Systems herbeigeführt werden könnte, wie es die orthodoxen Anhänger von Marx aus seinen Schriften herauslasen. Man dürfe nicht, so meinten die Revisionisten, mit einem baldigen Zusammenbruch des kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems rechnen. Deshalb sei es Aufgabe der Arbeiterschaft, innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft für wirtschaftliche und politische Reformen zu kämpfen. Dazu gehöre als erstes Ziel die Er kämpfung der bürgerlichen parlamentarischen Demokratie in Deutschland. Allerdings hatten die Radikalen unter der Führung von Bebel in der Partei noch die Oberhand, aber allmählich breitete sich in Süddeutschland und innerhalb der Führung der Gewerkschaften immer mehr die revisionistische Richtung aus, die im bestehenden Staat ihren Einfluß auf die Gesetzgebung dahin ausüben wollte, daß dem Emanzipationsstreben der Arbeiter Rechnung getragen würde. Damit aber gab die Sozialdemokratie die intransigente geistige und politische Opposition gegen den bürgerlichen Staat auf. Allerdings erst nach dem Tode Bebels konnte sich diese Auffassung durchsetzen und dann im Verlauf des Krieges auch politische Tat werden.

Die schroff ablehnende Haltung der führenden Schicht, vor allem in Preußen, gegen die Sozialdemokratie und gegen den Emanzipationskampf der Arbeiter verzögerte die Entwicklung. Das war aber nicht ohne Bedeutung in einem Staat der allgemeinen Wehrpflicht, in dem sich das Heer in immer stärkerem Maße aus den Industriearbeitern zusammensetzte, die wiederum ebenfalls in ihrer Mehrheit politisch in der Sozialdemokratie organisiert waren. Die Sozialdemokratie aber galt als Reichsfeind, wie sie Bismarck bezeichnet hatte, und der Kaiser meinte, daß die Sozialdemokraten vaterlandslose Gesellen wären. Doch die Partei und ihre Anhänger legten keine ausgesprochen antimilitaristische Haltung an den Tag, auf der anderen Seite tat aber das Heer in seiner Erziehung nichts Nennenswertes, um das Umsichgreifen der sozialdemokratischen Ideen wenigstens einzuschränken und in den ihm anvertrauten jungen Leuten eine nationale Idee zu wecken. Und trotzdem hat das Heer einen Soldaten herangebildet, wie er kaum auf der Erde anderwärts zu finden war, der treu, willig und gehorsam pünktlich seinen Dienst tat und bis zum letzten seine Pflicht erfüllte. Das Heer konnte auch wenig im Sinne seiner nationalen Idee auf die junge Mannschaft einwirken, und es war auch nur in sehr beschränktem Umfang in der Lage, geistig den sozialistischen Ideen entgegenzutreten; dazu fehlte es der Masse des Offizierkorps an der notwendigen Kennt-

nis der Marxschen Lehre und an der Erfahrung in sozialen Fragen und Tatsachen. Außerdem hielt man streng daran fest, daß das Offizierkorps unpolitisch sein sollte, und deswegen war man in einer Verkenntung der Zeit abgeneigt, sich überhaupt mit politischen Fragen geistig ernstlich zu befassen. Damit aber fehlte einem großen Teil des jüngeren Offizierkorps die politische geistige Überlegenheit über die politisch und gewerkschaftlich geschulten Rekruten, die aus den Reihen der Arbeiterbewegung in das Heer kamen. Das Offizierkorps war in seinen unteren Dienstgraden eine Mischung aus Söhnen des Adels und des Bildungsbürgertums. Es war streng konservativ eingestellt und von einer nie wieder erreichten Geschlossenheit der Auffassung und der ritterlichen Gesinnung. Diese ritterliche Gesinnung gewann ihm trotz mancher Schärfen und Kanten und trotz der polaren politischen Haltung die Herzen der Soldaten. Der Soldat war ein treuer Gefolgsmann seines Offiziers und dann erst seines obersten Kriegsherrn. Diese dem Soldaten sympathische und imponierende Haltung des Offizierkorps fing die politischen und gesellschaftlichen Gegensätze zwischen Offizier und Mann auf und paralyisierte sie. Aber dem Offizierkorps fehlte doch die nationale Idee, die durch ein Bekenntnis zur Monarchie und durch einen Fahneneid auf den Kaiser und König nicht ersetzt werden konnte.

Die andere Erziehungsanstalt des deutschen Volkes war die Schule. Sie hätte dem Volke die nationale Idee nahebringen und dadurch immer wieder von neuem entfalten müssen. Sie gehört in den Mittelpunkt des Unterrichts. Die deutsche Schule hatte in vorbildlicher Weise, was Lehrstoff, Methode und Organisation anbetrifft, der deutschen Jugend einen großen Wissens- und Bildungsstoff übermittelt. Wenn Deutschland nach 1870 bis zum ersten Weltkrieg einen so unerhörten wirtschaftlichen Aufschwung genommen hat, so ist das sicher ein erhebliches Verdienst der deutschen Schule. Aber hinter der wissenschaftlichen Bildung blieb die nationale Erziehung weit zurück. Man pflegte einen gewissen offiziellen Schulpatriotismus und suchte die Schüler für das neuentstandene Reich und für die Persönlichkeiten, die es geschaffen hatten, zu begeistern. Außerdem wurde auch die Anhänglichkeit an das angestammte Herrscherhaus gepflegt, wobei besonders in Preußen die Schulfeiern und sonstigen Gedenkfeiern dazu herhalten mußten, die Taten und die Persönlichkeit Wilhelms II. in ein helles Licht zu stellen. Es wurde auf diese Weise die Auffassung von der Geschichte einseitig betont, daß es Männer und vor allem Könige und Kaiser aus dem Hause Hohenzollern waren, die die Geschichte gestaltet hätten. Aber gleichzeitig wurde auch in den Augen der Jugend der jeweils regierende König für den Ablauf der Geschichte



und für das Schicksal des Reiches verantwortlich gemacht. Das übermäßige Herausstellen des regierenden Monarchen als der bewegenden Kraft der vaterländischen Geschichte reißt aber den Träger der Krone aus dem Bereich der Unverantwortlichkeit, in den ihn die Verfassung hineingestellt hat, heraus und präsentiert ihn der Kritik der reiferen Jugend, wodurch der monarchische Gedanke gefährdet und die Krone als das Symbol der nationalen Zusammengehörigkeit in ihrem Ansehen herabgesetzt werden kann. Der Geschichtsunterricht in den Schulen war also in beträchtlichem Maße Fürstenverehrung und ihm fehlte die wirkliche nationale Triebkraft, weil er ohne nationale Aufgabe der Jugend nur ein politisches Ziel, aber keine nationale Idee zu zeigen vermochte. Nun aber hatte gerade der Chauvinismus unter den Lehrern der höheren Schulen Fuß gefaßt. Sie waren häufig die zum mindesten lokal führenden Persönlichkeiten im Alldeutschen Verband, im Reichsverband gegen die Sozialdemokratie, im Flottenverein und ähnlichen Organisationen. Der Chauvinismus, der von einem Teil der Lehrer ausging, mußte, wenn er dazu noch aus einer Verdrehung der historischen Tatsachen besteht, in der Jugend das Aufkommen einer nationalen Idee verhindern.

Neben diesen Momenten, die einem Entstehen der nationalen Idee abträglich waren, änderte sich auch die Richtung, in der die deutsche höhere Schule wirkte. Das humanistische Gymnasium, das bis in den Anfang der 90er Jahre Hauptträger der geistigen Ausbildung gewesen war, wurde aus dieser Stellung allmählich durch die realen Anstalten verdrängt. Man wollte schon auf den Schulen den Geist der Technik und die modernen Naturwissenschaften stärker betonen als die idealen humanistischen Fächer. Das war ein Ausfluß des Materialismus, der sich durch die Entwicklung der Jahre nach dem Krieg von 1870-71 hindurchzieht. Dadurch wurde die Jugend bereits vom Übergewicht des Materiellen über das Geistige erfaßt, wie das vor allem bei großen Teilen des Besitzbürgertums der Fall war. Weil das Verständnis für das Transzendente in der Jugend gemindert, dagegen das Rationale und Materielle mehr in den Vordergrund gestellt wird, lenkt man den Blick der Jugend vornehmlich auf das Greifbare, schnell Realisierbare, das aus der jeweiligen Situation heraus erfaßt werden kann. Das bedeutet, daß man auf politischem Gebiet politische Ziele aufstellt, die vielleicht bald zu verwirklichen sind, denen aber die innere Einheit und damit der sinnvolle Zusammenhang fehlen. Damit aber entzieht man der nationalen Idee den geistigen Boden, auf dem sie hätte entstehen können.

Das ist die geistige Umgebung, in der Kaiser Wilhelm II. den Thron bestieg, der die Jahre von 1890—1918 weitgehend geformt hat, so daß

man diese Jahrzehnte auch das Wilhelminische Zeitalter genannt hat. Kaiser Wilhelm I. hatte sich in seinen politischen Äußerungen in der Öffentlichkeit weitgehend zurückgehalten. Er vermied es, sich ohne „ministerielle Bekleidungsstücke“ in der politischen Öffentlichkeit zu bewegen, weil er der Sache am besten zu dienen glaubte, wenn er von der großen Macht, die ihm die Bismarcksche Verfassung verliehen hatte, nach außen möglichst wenig merken ließ. So war er auch nicht aus der Sphäre des Unverantwortlichen in die Bereiche des Verantwortlichen hineingelangt. Dort bewegte sich Bismarck als der verantwortliche Reichskanzler und preußische Ministerpräsident. Das wurde anders, als nach der kurzen Regierung Friedrichs III. Wilhelm II. den Thron bestieg.

Kaiser Wilhelm II. war das Produkt des ihn umgebenden Milieus und der geistigen Strömungen, in denen er aufgewachsen war und in denen er sich bewegte. Körperlich behindert, litt er unter einem Minderwertigkeitskomplex, den eine harte und lieblose Erziehung von seiten der Eltern und seines Erziehers Hinzpeter nicht hatte beseitigen können, sondern eher noch verschärft hatte, und den der Kaiser in eine künstlich gesteigerte Überheblichkeit umformte. Im Gegensatz zu den Eltern, die ihren Sohn wenig liebevoll behandelten, war der junge Prinz Wilhelm der Lieblingsenkel Wilhelms I. So lebte er von Kind auf in einem gespannten und zwiespältigen Verhältnis, das ihn innerlich nicht zur Ruhe kommen ließ. Wilhelm II. war eine begabte Persönlichkeit, der aber eine gründliche Schulung des Verstandes und eine gesammelte Konzentrationsfähigkeit fehlte. Seine Ausbildung war in erster Linie militärisch gewesen, aber auch sie war weitgehend an der Oberfläche geblieben, und nicht anders war es mit seinen Kenntnissen von der staatlichen Verwaltung und der Volkswirtschaft. In religiöser Hinsicht stand er gläubig auf dem Boden der Orthodoxie, aber zeigte dem Liberalismus gegenüber eine gewisse Toleranz.

In den letzten Regierungsjahren Kaiser Wilhelms I. hatte Bismarck den Auftrag erhalten, den damaligen Prinzen Wilhelm in den Grundsätzen der Politik zu unterweisen. Von einer dieser Besprechungen mit Bismarck berichtet der damalige persönliche Adjutant des Prinzen, der Oberstleutnant Moritz Frhr. von Bissing in seinen Erinnerungen: „Der junge Prinz verfolgte mit großer ehrfürchtiger Aufmerksamkeit den politischen Vortrag des von ihm hochverehrten Fürsten Bismarck, erfüllt von dem Gefühl, wieviel er noch zu lernen habe, ehe er den großen Aufgaben, die seiner harften, gewachsen sein würde. Als der Reichskanzler seinen Auftrag beendet hatte, ergriff Bismarck nochmals das Wort und sagte: „Aber einen Rat muß ich Eurer Königlichen Hoheit noch geben: wenn Sie einmal Kaiser sein werden, dann seien

Sie Ihr eigener Kanzler!“ Der Prinz sieht mit seinen großen Augen den Fürsten Bismarck durchdringend an, sein Haupt erhebt sich mit einem Ruck, und man hatte das Gefühl eines hochgehobenen Selbstbewußtseins darüber, daß der bewunderte, erfahrene Kanzler ihm solche Fähigkeiten zutraute, während der zuhörende Adjutant nur befremdet blieb über den Mangel an Menschenkenntnis großer Männer<sup>54</sup>.“ Bismarck hatte den Kaiser darin bekräftigt, daß er selbst regieren müsse, und die Verfassung stand dem nicht entgegen.

Bismarcks Lehre trug schnelle Frucht. Der Kaiser meinte nach seiner Thronbesteigung: „Sechs Monate will ich den Alten verschmaufen lassen, dann regiere ich selbst<sup>55</sup>.“ Dem Fürsten Eulenburg schien es, als ob der Kaiser „in der Richtung des absoluten Herrschers“ regieren wolle<sup>56</sup>, wohin er seiner Individualität nach gravitiere. Und der Kaiser bestätigte diese Meinung, wenn er in das Goldene Buch der Stadt München die Worte eintrug: „Regis voluntas suprema lex esto.“ Dann ruft er dem Volk zu: „Zu Großem sind wir noch bestimmt, und herrlichen Tagen führe ich euch entgegen!“ In Königsberg führte er aus: „Als Instrument des Himmels mich betrachtend, gehe ich ohne Rücksicht auf Tagesansichten und Tagesmeinungen meinen Weg.“ Und an anderer Stelle verkündete er: „Wir Hohenzollern nehmen unsere Krone vom Himmel und haben die darauf ruhenden Pflichten dem Himmel gegenüber zu vertreten.“ „Ohne das Deutsche Reich und den deutschen Kaiser darf keine große Entscheidung mehr fallen!“ „Der Dreizack gehört in unsere Faust“ und endlich „Bitter not tut uns eine starke Flotte“.

Wilhelm II. sieht also die Stellung des Kaisers im Licht eines Charisma, das er sich aber selbst verleiht, und aus diesem Charisma heraus glaubt er sich und das deutsche Volk zu Großem bestimmt, ohne aber anzugeben, was dieses Große ist. Alle anderen Wendungen, die seine Politik und sein Handeln umschreiben, enthalten nur politische Ziele, die schon an sich von einer Anerkennung der gegebenen politischen Realitäten weit entfernt sind. Weil er sich mit einem Charisma begabt hält, deswegen regiert er, wie Bismarck es ihm geraten hat, selbst, und er erklärt: „Die Politik mache ich.“ Der Kanzler wird zu seinem Handlanger, der die Aufgabe hat, die Mehrheit im Reichstag zu schaffen. Das Reich treibt jetzt „Weltpolitik“. Der Satz, den Bismarck aufstellte, daß wir saturiert seien, hat keine Geltung mehr. Ebenso wenig die von Bismarck dem Reich zugesprochene Aufgabe, daß es der Hort des Friedens in Europa zu sein hat, und daß es sich deswegen aus allen Streitigkeiten internationaler Art herauszuhalten habe,

<sup>54</sup> Im Besitz des Verfassers.

<sup>55</sup> Arnold Oskar Meyer, Bismarck, S. 624.

<sup>56</sup> Johannes Haller, Aus dem Leben des Fürsten Philipp zu Eulenburg, S. 321.

die nicht seine Interessen unmittelbar berühren. Was ist aber Welt-politik? Den divergierenden politischen Zielen, die der Kaiser aufstellt, fehlt die große, grundlegende Idee, die sie einmal miteinander in Zusammenhang bringt, und die dann ihre Ausführung davor bewahren könnte, Zielen nachzujagen und Wege zu beschreiten, die zum Verderben führen müssen. Was hier geäußert wird, ist nicht der Ausfluß einer im festen Glauben aufgenommenen nationalen Idee, sondern das Ergebnis eines Charisma, das sich Wilhelm II. aus Anmaßung selbst verliehen hat. Dieser phrasenhafte Chauvinismus wird aber unter dem Einfluß der alldutschen Propaganda von einem großen Teil des deutschen Volkes hingenommen, ohne daß sich ein ernster Widerspruch erhebt. Weil das Charisma, das sich Wilhelm II. zulegte, in der Wirklichkeit gar nicht da war, konnte er auch nicht zum Schöpfer einer nationalen Idee werden, eine Aufgabe, die ihm eigentlich zugefallen wäre.

Weil im deutschen Volk keine nationale Idee lebendig war, fand der Kaiser in seinem Handeln keinen Gegenspieler. Die Reichskanzler billigten und deckten des Kaisers selbstherrliches Auftreten, ja glaubten besonders klug zu sein, wenn sie es gelegentlich für die Zwecke der Politik ausnutzten, ohne dabei zu bedenken, wie wenig ratsam es ist, die Krone in den Vordergrund zu schieben. Der Reichstag war bis zur Jahrhundertwende ebenfalls sehr zurückhaltend, und erst nach 1900 übte er eine gewisse Kritik an dem Verhalten des Kaisers. Er hat aber nie mit Energie sich durchzusetzen versucht, etwa indem er dem Reichskanzler den Etat verweigerte und dadurch entweder eine Änderung der Verfassung oder aber einen Kanzler ans Ruder brachte, der für eine größere Zurückhaltung des Kaisers sorgte<sup>57</sup>. Dem Reichstag fehlten die starken Persönlichkeiten mit staatsmännischen Qualitäten, die eben im Parlament unter den damaligen gesellschaftlichen und verfassungsrechtlichen Bestimmungen keine Möglichkeit zu ergiebigem Wirken sahen, abgesehen davon, daß die führenden Kreise des Besitzbürgertums nur für ihr Geschäft lebten und die Politik ihren Syndici überließen, die wohl geschickte Unterhändler, aber keine Staatsmänner waren. So zeigte es sich hier, wie die Bestimmungen der Bismarckischen Verfassung und die gesellschaftlichen Verhältnisse zusammen mit der geistigen und politischen Atmosphäre das Aufkommen einer nationalen Idee erschwerten, wenn nicht sogar verhinderten.

Weil eine nationale Idee nicht vorhanden war, waren die politischen Kräfte im Reichstag zersplittert, und die Fraktionen und Parteien

<sup>57</sup> S. dazu Fritz Hartung, Das persönliche Regiment Kaiser Wilhelms II. Sitzungsberichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Klasse für Gesellschaftswissenschaften. Jahrg. 1952, Nr. 3, Berlin 1952.



waren immer mehr zu wirtschaftlichen Interessentenvertretungen geworden. Die konservative Partei war die Vertretung des ostelbischen Großgrundbesitzes, und hinter ihr stand drohend der im Jahre 1893 zustandegekommene Bund der Landwirte, die wirtschaftliche Kampftruppe des ostelbischen Großgrundbesitzes. Die Nationalliberalen wurden mehr und mehr zu Vertretern der großen und vor allem der schweren Industrie, im zersplitterten Freisinn trafen sich die Banken und der Handel sowie das sozialpolitisch interessierte Bildungsbürgertum um Naumann. Zentrum und Sozialdemokratie waren Weltanschauungsparteien, wobei die Sozialdemokratie eine ausgesprochene Klassenpartei und das Zentrum eine politische Organisation aller katholischen Schichten und Klassen war. Alle Parteien mit Ausnahme der Sozialdemokraten waren alldeutschen Einflüsterungen zugänglich und damit ebenso wie der Kaiser selbst dem Chauvinismus verfallen. Deswegen konnte sich keine wirklich kampfkraftige Opposition bilden. Die Sozialdemokratie, staatsfeindlich, wie sie damals noch war, vermochte nicht, einen entscheidenden und einflußreichen Teil des deutschen Volkes hinter sich zu sammeln. Auch fehlten ihr die staatsmännischen Persönlichkeiten, die eine solche Opposition hätten führen können. Die fehlende nationale Idee und der Chauvinismus hatten damit eine politische Kräftekonstellation geschaffen, durch die das Parlament sich selbst zur Machtlosigkeit verurteilte. Daran hätte auch eine Parlamentarisierung etwa im Anschluß an die Daily-Telegraph-Affaire von 1908 nichts wesentliches geändert, weil sich die geistigen Grundlagen des damaligen politischen Denkens nicht geändert hätten<sup>58</sup>.

Zu diesen geistigen Grundlagen gehörte auch die Theologie, das religiöse Leben und als dessen Ausdruck die Kirche. Im letzten Jahrzehnt des 19. und im ersten des 20. Jahrhunderts fällt die große Masse der evangelischen Arbeiter von ihrer Kirche ab, und diese ist nicht in der Lage, dem Einhalt zu gebieten. Sie war innerlich und äußerlich erstarrt. Diese Erstarrung der evangelischen Kirche hatte nicht nur eine rein religiöse Bedeutung, sondern ebenso wichtige gesellschaftliche und politische Wirkungen. Die Mehrheit der führenden Schicht hielt aus Tradition und aus Konvention an der Kirche fest und sah in ihr ein Element der Ordnung. Der damalige Staat verlangte, daß seine Beamten einer Konfession angehören mußten, aber die Zugehörigkeit zur Kirche bedeutete keine wirkliche innere Verbundenheit mit dieser. Wohl erwachte um die Jahrhundertwende ein neues Interesse für religiöse Fragen, es regte sich auch ein ehrliches religiöses

---

<sup>58</sup> S. dazu Wilhelm Schübler, Die Daily-Telegraph-Affaire. Göttinger Bausteine zur Geschichtswissenschaft, Heft 9, Göttingen 1952.

Bedürfnis, aber das vollzog sich in weitem Umfange außerhalb der Kirche, und Teile des gebildeten Bürgertums schlossen sich theosophischen Strömungen an, die sich um Rudolf Steiner bildeten.

Diese Erstarrung der evangelischen Kirche war aber nicht allein darauf zurückzuführen, daß die enge Verbindung zwischen Staat und Kirche diese in der Freiheit der Verkündigung behinderte, sondern die Ursache wird man in erster Linie darin zu suchen haben, daß die Kirche in der sozialen Frage, die doch damals alle Gemüter bewegte, keine klare und tätige Stellung einzunehmen wußte. Sie verstand es auch nicht, sich rechtzeitig mit den modernen Geistesströmungen von Marx, Darwin und Haeckel auseinanderzusetzen. Overbeck hatte die Kirche auf die innere Not des Christentums in der Gegenwart hingewiesen, wenn er sagte, daß sie in der Praxis läge und daß das Christentum den Erweis seiner praktischen Durchführbarkeit im Leben liefern müsse<sup>59</sup>. Aber diese Mahnung war wirkungslos verhallt.

Als Kaiser Wilhelm II. den Thron bestiegen hatte, wollte er ein sozialer Kaiser sein, und diesem Bestreben des Kaisers glich sich auch der evangelische Oberkirchenrat an, indem er seine bisherige ablehnende Haltung einer aktiven Sozialpolitik gegenüber aufgab. Im Jahre 1890 gibt er in einem Erlaß den Geistlichen die sozialpolitische Betätigung frei; sie sollen in Arbeiterversammlungen gehen und dort in Rede und Gegenrede mit den Arbeitern deren Vorurteile gegen die Kirche zerstreuen. Statt Taten werden also doch nur Reden empfohlen. Aber schon im Jahre 1895 schlägt der Wind des evangelischen Oberkirchenrates wieder um. Die Stimmen der Sozialdemokratie sind gewachsen, die Sozialdemokraten sind als vaterlandslose Gesellen erklärt, und einige jüngere Geistliche aus der liberalen Richtung waren in ihrem Auftreten nicht immer glücklich gewesen. So wirft man jetzt das Steuer um 180 Grad herum und erklärt, daß „alle Versuche, die evangelische Kirche zum maßgebenden mitwirkenden Faktor in den politischen und sozialen Tagesstreitigkeiten zu machen, die Kirche von dem ihr vom Herrn der Kirche gestellten Ziel: Schaffung der Seelen Seligkeit ablenken müßten“. Die Einwirkung der Kirche auf die äußerlichen Gebiete könne und dürfe niemals eine unmittelbare, sondern nur eine mittelbare, innerlich befruchtende sein. Die „unter dem Druck des Lebens stehenden Klassen sollen davon überzeugt werden, daß Wohlfahrt und Zufriedenheit auf gläubige Einfügung in Gottes Weltordnung und Weltregierung beruhen“. Dieser Erlaß ist wahrlich eine Glanzleistung weltfremder kirchlicher Bürokratie, die die durch die reale Gegenwart ihr gegebene Aufgabe vergißt und die augenblickliche Gesellschaftsordnung mit Gottes Weltordnung gleichsetzt. Das mußte

<sup>59</sup> Horst Stephan, Geschichte der evangelischen Theologie, 1938, S. 209.

und konnte nur Widerspruch in den Kreisen der Arbeiterschaft hervorgerufen.

So geht die aktive Sozialpolitik auf evangelischer Seite in die Hände von freien Vereinigungen über, von der sich aber der Staat und die Kirche distanzieren. Stöcker gründet im Jahre 1890 den Evangelisch-sozialen Kongreß, er gründet ferner die christlich-soziale Partei, die aber nur wenige Anhänger zählt. Von der kirchlich-liberalen Seite versucht Fr. Naumann die soziale Frage aktiv aufzugreifen. Er kommt aus der Schicht des akademischen Bildungsbürgertums, ist feingeistig und lehnt deswegen den Antisemitismus Stöckers ab, aber andererseits sind ihm der sogenannte christliche Staat und die gegenwärtige Gesellschaftsordnung keine Bestandteile einer unumstößlichen göttlichen Weltordnung. Er will das Proletariat wieder an die Kirche heranbringen und tritt deshalb für eine Erweiterung seiner Rechte ein und fordert dazu die Einführung des parlamentarischen Systems in Preußen und im Reich. Durch ein demokratisches Kaisertum, ein Volkskaisertum, will er Nationalismus, Liberalismus und Sozialismus auf einen Nenner bringen. Sozial denken heißt für ihn national und christlich denken. Als ausgesprochenem Geistesmenschen gelingt es ihm wohl, im Bildungsbürgertum Verständnis für den sozialen Gedanken auf christlicher Grundlage zu wecken, während er mit den breiten Massen der Arbeiter in keine rechte Fühlung kam, weil er ihnen doch zu fern stand.

Im Gegensatz zur protestantischen Kirche hatte man auf katholischer Seite die Lage richtiger erkannt. Gegen den Sozialismus hatte Papst Leo XIII. bereits im Jahre 1878 durch die Enzyklika „*Quod apostolici muneris*“ Stellung genommen, und für die soziale Frage brachte die Enzyklika „*Novarum rerum*“ von 1891 ein systematisch aufgebautes sozial-politisches Programm. Es geht davon aus, daß die Arbeiter zum Selbstbewußtsein erwacht sind und den Wunsch nach größerer ökonomischer Freiheit und gesellschaftlicher Gleichberechtigung haben. Kirche, Regierungen und besitzende Kreise müssen an die Lösung der sozialen Frage herantreten, und der Klerus muß Führung und Organisation von Arbeitervereinigungen übernehmen. Die Bildung solcher Zusammenschlüsse der Arbeiter beruhe auf dem natürlichen Triebe des Menschen zu gegenseitiger Vereinigung. So soll die Kirche neben ihrer religiösen Tätigkeit auch geeignete Maßnahmen zur Lösung der sozialen Frage ergreifen. Die Kirche soll zu den Arbeitern hingehen, sie aufsuchen und durch Wort und Tat neben den Maßnahmen der Caritas dem berechtigten sozialen Streben der Arbeiter entgegenkommen und auf diese Weise das christlich-religiöse Moment zur Geltung bringen. Zweifellos waren die Erfolge der

katholischen Kirche auf sozialpolitischem Gebiet größer als die der evangelischen und dadurch gelang es der katholischen Kirche, sich die Masse der katholischen Arbeiter zu erhalten. Die seit 1894 entstehenden christlichen Gewerkschaften wurden weitgehend vom Klerus geführt, und ihnen schlossen sich dann auch die zahlenmäßig schwachen evangelischen Arbeitervereine an. Die noch wachen Erinnerungen an den soeben erst überstandenen Kulturkampf verhinderten es, daß auf dem Boden dieser Sozialpolitik aus den katholischen Arbeiterkreisen heraus sich die nationale Idee erheben konnte.

Aus der inneren Erstarrung wollte Adolf von Harnack die protestantische Kirche erretten, der, in den 90er Jahren an die Berliner Universität berufen, die protestantische Theologie nicht nur in Deutschland, sondern auch im Ausland weithin beherrschte. Er wollte den Glauben in einer für den modernen Mensch tragbaren Form „noch unmittelbarer an die Person Jesu anschließen“<sup>60</sup>. Die Entkirchlichung der breiten Massen machte ihm ernste Sorgen, und er führte sie mit auf die beispiellose Unklarheit über das zurück, was eigentlich Christentum ist<sup>61</sup>. Für ihn ist Mitleben mit Christus die Hauptsache, und demgegenüber spielt die Dogmatik für ihn eine untergeordnete Rolle. Das Dogma ist, wie es ihn seine historischen Forschungen gelehrt hatten, „in seiner Konzeption und in seinem Aufbau ein Werk des griechischen Geistes auf dem Boden des Evangeliums“<sup>62</sup>. Deshalb ist ihm alle echte Religiosität undogmatisch, und so erklärt er, als in den 90er Jahren ein Streit über die Verbindlichkeit des Apostolikums ausbricht, daß die Anerkennung des Apostolikums in seiner wörtlichen Fassung „nicht die Probe christlicher und theologischer Reife“ sei. So will er das, was den modernen Menschen abhält zu glauben, beseitigen und die Menschen auf die wesentlichen zeitlosen Elemente des Evangeliums hinweisen, die immer Geltung haben, weil auch der Mensch in seinem Wesen zeitlos ist. Aber dieses Ideal einer vom Dogma freien Gläubigkeit wurde von der evangelischen Kirche abgelehnt. „Der Theologe und der Pastor muß die ganze Lehre vertreten. Er muß orthodox sein; für den Laien genügt es, daß er die Orthodoxie nicht angreift. Die Lehre ist auch in der protestantischen Kirche zu etwas geworden, das ein für allemal festgelegt ist“<sup>63</sup>. So schildert Harnack den inneren Zustand der evangelischen Kirche um die Jahrhundertwende.

In den Kreisen des Bildungsbürgertums fand man, daß die Auffassung Harnacks doch das Sehnen des modernen Menschen nach Religion zu befriedigen vermochte. So begann sich außerhalb der er-

<sup>60</sup> Horst Stephan, Die Geschichte der evangelischen Theologie, 1938, S. 222.

<sup>61</sup> Agnes von Zahn-Harnack, Adolf von Harnack, 2. Aufl. 1951, S. 25.

<sup>62</sup> Adolf von Harnack, Lehrbuch der Dogmengeschichte, Bd. I, 1909, S. 20.

<sup>63</sup> Adolf von Harnack, Das Wesen des Christentums, 1907, S. 184.



starrten Kirche ein individuelles Christentum zu bilden, das allerdings die Bedeutung der Gemeinde verkannte. Zwar trat man formal nicht aus der Kirche aus, weil man sich als Christ ausweisen wollte, aber die Gemeinden verloren damit die besten Köpfe und die Menschen, die strebten und sich bemühten. Das Leben in den evangelischen Gemeinden wurde immer farbloser, und es fehlte in ihnen doch oft an dem wirklich tief empfundenen Glauben, der allein den Boden für eine nationale Idee geben kann. Weil die evangelische Kirche in der entscheidenden Frage des 19. Jahrhunderts, der sozialen Frage versagte, weil sie ohne wirklich lebendiges Glaubensleben war, schied sie aus der Reihe der Faktoren aus, die für das Zustandekommen einer nationalen Idee maßgebend sind.

Das deutsche Volk stand ohne nationale Idee da, als das lange vorhersehbare und von vielen Einsichtigen gefürchtete Ereignis eintrat, daß durch die haltlose deutsche Außenpolitik einmal ein Krieg herbeigeführt werden würde, den sie eigentlich gar nicht wollte. Ebenso war es den Einsichtigen klar, daß es in diesem Krieg um die Existenz des Deutschen Reiches und des deutschen Volkes gehen würde. Konnte dieser Krieg, wie er im August 1914 begann, ohne den geistigen und sittlichen Rückhalt einer nationalen Idee gegen eine Übermacht von Feinden bestanden werden, die selbst für eine nationale Idee fochten? Ob wir die nationale Idee der damaligen Gegner für falsch hielten, war nebensächlich. Das Entscheidende war, daß die anderen Völker daran glaubten und daß sie ihnen die Fähigkeit gab, harte Zeiten im Kriege durchzustehen, daß bei ihnen die politischen Kräfte auf ein Ziel hin konzentriert wurden, und daß die Völker so lange zu kämpfen bereit waren, bis sich der Sieg an ihre Fahnen heftete.

Als sich das Attentat von Serajewo ereignet hatte, empfand es Kaiser Wilhelm II. als einen Angriff auf den Stand der Monarchen überhaupt, und damit war sein Handeln von vornherein durch die Solidarität der Monarchen gegen den Umsturz festgelegt. Das mag persönlich durchaus ehrenhaft sein. Aber der konstitutionelle Herrscher kann sein Handeln nicht nach seinem Standesinteresse oder nach seiner Sympathie für den Träger einer ausländischen Krone ausrichten, sondern nur nach den Interessen seines Volkes. Die Richtschnur dabei ist die nationale Idee. Da sie fehlte, mußte die Entscheidung weitgehend von dem subjektiven Ermessen Wilhelms II. abhängen, zumal er sie auch allein traf, ohne vorher einen seiner Ratgeber hinzugezogen zu haben. Allerdings waren diese in der hochsommerlichen Zeit fast alle außerhalb Berlins, und sie fanden es auch nicht für erforderlich, auf die Nachricht von dem Attentat nach der Reichshauptstadt zurückzukehren. Als daher etwa eine Woche nach der Ermordung des öster-

reichischen Thronfolgers der österreichisch-ungarische Botschafter in Berlin dem Kaiser Wilhelm ein Handschreiben Kaiser Franz Josephs überreichte, in dem zu lesen stand, daß Österreich die Absicht habe, Serbien als politischen Machtfaktor auszuschalten, erklärte Kaiser Wilhelm sofort, daß er in jedem Falle in gewohnter Bundestreue zu Österreich stehen werde. Aber es sei nicht seines Amtes, Österreich zu raten, was es nunmehr zu tun habe. Damit wurde Deutschlands Schicksal in die Hand Österreichs gegeben, und alle verfassungsmäßigen Organe verzichteten darauf, auf die Ereignisse einen irgendwie entscheidenden Einfluß zu nehmen und zu verhindern, daß durch die Voreiligkeit der österreichischen Politik Deutschland in einen Krieg von unübersehbarem Ausmaß hineingezogen wurde. Auch die Bundesfürsten, deren persönliches Geschick und deren Länder ja auch von dem, was kommen würde, mitbetroffen werden mußten, hielten sich vollkommen zurück und versuchten nicht, in irgendeiner Weise den Gang der Ereignisse zu beeinflussen.

Die Masse des Volkes war sich bei Beginn des Krieges darüber klar, daß es um Sein oder Nichtsein des Reiches ging. Diese Erkenntnis schloß die Menschen und Kräfte zusammen. Der Zusammenhalt hatte Bestand, solange die militärische Lage Aussichten für ein siegreiches Ende des Krieges zu bieten schien, solange die Ernährungslage noch erträglich war und solange keine Erörterungen über die Ziele des Krieges stattfanden.

Die militärischen Erfolge und die Tatsache, daß große Teile des feindlichen Gebietes in Ost und West von deutschen Truppen besetzt waren, weckte chauvinistische Kräfte, die nun erst daran gingen, Kriegsziele aufzustellen. Man war also ohne festes Kriegsziel in den Krieg gezogen. Jetzt wurden Landerwerbungen in einem Ausmaß gefordert, die nur durchzusetzen waren, wenn Deutschland der unbestrittene Sieger blieb. Dabei spielten die Möglichkeiten der Rohstoff- und Kohleversorgung für die deutsche Industrie und der Erwerb von Siedlungsland eine große Rolle, an dem vor allem der ostdeutschen Großlandwirtschaft lag, um auf diese Weise einer Agrarreform zu entgehen, die nach dem Kriege voraussichtlich unvermeidbar sein würde. Die Quelle dieses Chauvinismus war der Alldutsche Verband, und Hand in Hand mit ihm ging die schwere Industrie des Ruhrgebietes unter Hugo Stinnes, Kirdorf, Reusch und Hugenberg<sup>64</sup> sowie der Bund der Landwirte mit dem Freiherrn von Wangenheim aus Kleinspiegel in Pommern. Im Reichstag standen auf seiten der Alldutschen Männer wie Bassermann, später zeitweilig auch Stresemann, und der Dr. Rösecke. Aber auch in den Kreisen des Bildungsbürger-

---

<sup>64</sup> Alfred K r u c k , Geschichte des Alldutschen Verbandes, 1954, S. 76 ff.

tums fand der Alldeutsche Verband mit seinen Kriegszielforderungen Unterstützung. Und hier waren es wieder die Lehrer an den höheren Schulen und ein Teil der Professoren an Hochschulen und Universitäten, die dem Chauvinismus zum Opfer fielen. Wer sich damals nicht mit den Bestrebungen des Alldeutschen Verbandes einverstanden erklärte, galt als Defaitist, als unnational und wurde deswegen in seiner persönlichen Ehre diffamiert. Auf diese Weise mußte die Geschlossenheit des Volkes untergraben werden. Da Bethmann den Alldeutschen vorwarf, daß sich der Mangel an politischer Einsicht bei ihnen „ins Groteske gesteigert“ hätte, war es um seine Stellung geschehen<sup>65</sup>.

Aus der Gefolgschaft der Alldeutschen aber mußten die Arbeiter und die Sozialdemokratie entnehmen, daß es sich in diesem Krieg offenbar in erster Linie darum handelte, die Interessen der schweren Industrie und des ostelbischen Großgrundbesitzes zu fördern, und daß es vor allem darauf ankäme, die gesellschaftliche und politische Stellung der führenden Schichten gegenüber dem Bürgertum und den Arbeitern zu festigen. Die Sozialdemokratie und die Masse der Arbeiter hatte sich beim Beginn des Krieges hinter die Regierung gestellt und damit ihre Bereitschaft gezeigt, das Vaterland zu verteidigen. Die Arbeiter wußten, daß sie im Kriege gegen Rußland die Existenz der sozialistischen deutschen Arbeiterklasse gegen den reaktionären Zarismus verteidigten. Sie kämpften damit auch auf dem Schlachtfeld für ihre Emanzipation. Für die Ziele der schweren Industrie und des ostelbischen Großgrundbesitzes zu sterben, waren sie aber nicht bereit. So leitete die deutsche Arbeiterschaft in den entscheidenden Augusttagen ebensowenig eine nationale Idee, wie das für die Haltung der schweren Industrie und der ostdeutschen Großlandwirtschaft maßgebend war. Jeder versuchte durch den Krieg nur seine Klassenziele und seine Klasseninteressen zu verfechten. Wenn nun der Alldeutsche Verband so unerfüllbare Kriegsziele vertrat, wie in der bekannten Erklärung der schweren Industrie und des Bundes der Landwirte, so mußten in der Arbeiterschaft Zweifel auftauchen, ob es wirklich nur um die Existenz des deutschen Volkes ging. Die Haltung der Regierung in der Kriegszielfrage war unklar, weil sie sich nicht von einer nationalen Idee, sondern von taktischen Rücksichten auf die möglichen Friedensverhandlungen leiten ließ. Diese Haltung der Regierung hatte zur Folge, daß nach der russischen Revolution vom Frühjahr 1917 eine Antikriegsbewegung auf revolutionärer Basis entstand. Die Folge der alldeutschen Propaganda war also eine Schwächung des Siegeswillens nicht nur in den Kreisen der Arbeiterbewegung, sondern auch in denen

<sup>65</sup> Alfred K r u c k , a.a.O., S. 76.

der bürgerlichen Parteien und eine Stärkung des Siegeswillens auf den Seiten der Gegner.

Der Kaiser war vor dem Kriege des öfteren mit programmatischen Erklärungen hervorgetreten, und in den Augen des Volkes war er es gewesen, der die Politik des Reiches maßgeblich bestimmt hatte. Jetzt im Kriege aber hielt sich der Kaiser weitgehend zurück<sup>66</sup>. Die Kanzler waren keine Persönlichkeiten, die das Volk begeistern und die Führung mit den breiten Massen halten konnten. Das wäre nur möglich gewesen, wenn eine nationale Idee einen gemeinsamen Boden des Verstehens geschaffen hätte. Das Volk aber verlangte nach einer führenden Persönlichkeit, eben als Ersatz für die fehlende Idee. So war es kein Wunder, wenn Hindenburg und Ludendorff, die beiden siegreichen Feldherren, dem Volke als Führer vorschwebten. Ihre Siege verliehen diesen beiden Männern ein Charisma. Sie traten an die Stelle, die Bismarck früher innegehabt hatte, und in ihnen verkörperte sich in den Augen des Volkes so etwas wie eine nationale Idee. Diese bekam allerdings keine konkrete Formulierung, sondern sie war in überwiegendem Maße gefühlsmäßig begründet. Den beiden Feldherren gegenüber trat der Kaiser in den Hintergrund, und damit begann das monarchische Gefühl, das schon vor dem Kriege im Schwinden war, allmählich abzuflauen. Die Krone fiel jetzt als Schöpfer einer nationalen Idee aus, und die beiden Feldherren waren eben doch nur Soldaten, denen alles andere außerhalb des militärischen Gebietes fremd war. Sie waren keine Cromwells. So entstand in den breiten Massen, die sich nach einer nationalen Idee sehnten, ein Gefühl der inneren und der geistigen Leere.

Einer solchen Leere Herr zu werden, war eigentlich die Aufgabe der Kirche. Die evangelische Kirche als Landeskirche stand als geistliche Macht den jetzt auftauchenden Problemen von Staat, Kirche und Macht ungenügend gerüstet gegenüber. Ein Teil ihrer Diener wurde Opfer der alldeutschen Propaganda, ein anderer resignierte. Zu einer selbständigen Haltung kam die evangelische Kirche nicht. Wie immer bei politischen Katastrophen waren bei Kriegsbeginn die Herzen der Kirche wieder zugeflogen, die sie bis dahin gemieden hatten. Vor allem den Frontsoldaten blieb der Krieg eine ständige Gewissensfrage, und man fühlte bei ihnen stark die Verantwortung vor Gott. Man weiß wohl, daß man für Volk und Vaterland, für ein besseres Deutschland kämpft, es geht scheinbar um Dichtung, Kunst, Philosophie und Kultur, aber daneben treten doch erhebliche Zweifel auf. „Um was geht es eigentlich? Geht es um den Stolz, um den Ehrgeiz einzelner

<sup>66</sup> Paul Herre, Kronprinz Friedrich Wilhelm, München 1954, S. 86.



Männer oder um die Ehre der Völker, um festgesetzte Ziele, um Sein oder Nichtsein des Deutschen Reiches<sup>67</sup>“

Doch die Predigt, die die Soldaten zu hören bekamen, vermochte in sehr vielen Fällen darauf keine Antwort zu geben. Sie verstand es auch nicht, das Wort Gottes mit den durch den Krieg bedingten Sorgen und Nöten des einzelnen in Einklang zu bringen. Man predigte oft einen faden Optimismus, ohne das Gefühl für die Tragik zu haben, die sich bei vielen Gemeindemitgliedern im Inneren abspielte, eine Tragik, die sich daraus ergab, daß sich das Gesetz der Liebe mit der Unbarmherzigkeit des Krieges so schwer vereinbaren ließ. Man vermochte keine genügende Antwort auf die Frage zu geben, wie sich Gottes Gerechtigkeit mit dem Ungeheuerlichen des Krieges vertrug. Schlagworte und religiöse Phrasen, in denen sich dann die Predigt nicht selten erging, konnten keine Abhilfe schaffen und die Herzen dem Glauben wieder öffnen. Die protestantische Kirche, die zeigte, daß der Krieg, war steril geworden. Sie hatte dem, was Männer wie Adolf von Harnack und Albert Schweitzer gelehrt hatten, um den Menschen wieder Zugang zum Glauben zu verschaffen, die Kanzeln gesperrt, statt sie zu öffnen. Der Staat hatte die Kirche in Fesseln geschlagen, weil es seinem Interesse nicht entsprach, dem kirchlichen Liberalismus auf den Kanzeln Raum zu geben. So hatte sich die Kirche, weil sie starr am Dogma festhielt, dem Volk entfremdet, eine Gefahr, auf die schon in den 60er Jahren Richard Rothe hingewiesen hatte, als er verlangte, daß die evangelische Kirche wieder Volkskirche werden müsse, wie sie es in den Zeiten der Reformation gewesen war. Nur aus einer Volkskirche kann aber eine nationale Idee geboren werden.

Die katholische Kirche war sicher mehr Volkskirche als die evangelische Kirche, aber ihre politische Haltung schwankte, stark beeinflußt durch das Verhalten des Zentrums, in dem der linke Flügel unter der geschäftigen Führung des Abgeordneten Erzberger mehr und mehr an Einfluß gewann. In den Kreisen der deutschen Katholiken waren die Erinnerungen an den Kulturkampf immer noch nicht überwunden. So kam man über eine durchaus loyale und staatsstreuere Gesinnung nicht hinaus, die aber nicht ausreichte, um eine nationale Idee entstehen zu lassen.

Hunger, Entbehrungen, Fehler der politischen und militärischen Führung und endlich im Sommer 1918 die Enttäuschung darüber, daß trotz aller militärischen Siege, trotz aller Opfer an Gut und Blut der Krieg nicht zu gewinnen sei, brachen den Willen der breiten Masse des Volkes, nicht nur der Arbeiter, sondern auch des kleinen Bildungsbürgertums, den Krieg weiter fortzusetzen und damit der Regierung

<sup>67</sup> Philipp Witkop, *Kriegsbriefe gefallener Studenten*, München 1929, S. 192.

die Möglichkeit zu geben, im Hinblick auf die noch vorhandene militärische Kraft Deutschlands zu Verhandlungen mit den Feinden über einen Frieden zu kommen, der zwar viele Opfer verlangen mußte, aber wenigstens den Zusammenbruch des Staatswesens hätte verhindern können.

Daß sich jetzt die Stimmung der breiten Massen gegen den Kaiser wandte, war nicht nur auf die Noten Wilsons zurückzuführen, sondern der Kaiser hatte sich ständig in der Sphäre des Verantwortlichen bewegt, statt im Raum des Unverantwortlichen zu bleiben, wohin ihn die Verfassung wies. Jetzt trug der Geschichtsunterricht in den Schulen eine unerwartete Frucht, der im Gegensatz zu den Tatsachen die Fürsten, vor allem aber den Kaiser selbst, in den Mittelpunkt der Betrachtung gerückt hatte, statt von einer nationalen Idee zu sprechen. Im Kreise der Bundesfürsten war im Verlauf des Krieges schon von der Abdankung des Kaisers gesprochen worden, aber in diesen entscheidenden Oktobertagen 1918 hielten sich die Bundesfürsten ebenso zurück wie im August 1914. Der Kronprinz Ruprecht von Bayern kam allerdings Anfang November 1918 zu der Überzeugung, daß alle deutschen Fürsten gemeinsam dem Kaiser die Abdankung nahelegen sollten<sup>68</sup>.

Aber ebenso passiv wie die Bundesfürsten war der Reichstag. Nachdem er am 5. Oktober die Regierungserklärung des neu zum Reichskanzler ernannten Prinzen Max von Baden entgegengenommen hatte, vertagte er sich bis zum 22. Oktober, statt zusammen zu bleiben und sich einen Einfluß auf den Gang der Ereignisse zu sichern. Am 22. und 23. Oktober beschloß der Reichstag die Verfassungsänderungen, die das parlamentarische System im Reich einführten, vertagte sich dann aber am 26. Oktober abermals, und das angesichts der schwerwiegenden Ereignisse, die sich täglich abspielten und deren Bedeutung für das Schicksal des deutschen Volkes und des Deutschen Reiches unverkennbar war. So schaltete sich das nunmehr verantwortliche Parlament in den Schicksalsstunden des deutschen Volkes aus, weil die nationale Idee fehlte, die das Gefühl für die Verantwortung hätte stärken und wecken müssen.

Auch der Kaiser selbst hatte Berlin am 29. Oktober verlassen. Hindenburg hatte ihm sagen lassen, daß — wenn er sich angesichts der zunehmenden antimonarchischen Stimmung in Berlin nicht mehr sicher genug fühle — er ins große Hauptquartier kommen möge<sup>69</sup>. Einer Aufforderung des Reichskanzlers vom 30. Oktober, nach Berlin zurückzukehren, leistete der Kaiser keine Folge. Damit hatte sich

---

<sup>68</sup> Paul Herre, a.a.O., S. 158.

<sup>69</sup> D. Groener-Geyer, General Groener, Frankfurt am Main 1955, S. 93.

aber der Träger der Krone aus der Diskussion und aus der Entscheidung über sein eigenes Schicksal und das der Monarchie überhaupt ausgeschaltet. Was dann in Spaa am 9. November geschah, war nichts anderes als die notwendige Folge.

So steht über den Fehlern und den Schwächen der beteiligten Personen, alles überragend, das Fehlen einer deutschen nationalen Idee, für die Volk, Parlament, Kanzler und Kaiser einzutreten hatten. Die Gründe, warum es zu einer solchen nationalen Idee seit der Errichtung des Reiches nicht gekommen ist, haben wir dargelegt. Es ist nun die Frage, ob die große Not, die auf den verlorenen Krieg folgen mußte, die Mutter einer nationalen Idee werden konnte. Das Problem ist, welche geistigen, gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Kräfte nunmehr nach der Staatsumwälzung wirksam werden würden, um den Boden für die nationale Idee zu bereiten.

#### V. Der Ruf nach der Idee und dem großen Mann. 1918 bis 1933

Die Staatsumwälzung und der verlorene Krieg hatten nicht nur alle Grundlagen der Vergangenheit zerstört und gewandelt, sondern auch die geistige Leere, in der sich das deutsche Volk seit 1871 bewegt hatte, deutlich hervortreten lassen. Man erkannte, daß man nicht von Ideen, sondern von Illusionen gelebt hatte. Für die Zukunft und ihre Gestaltung mußte die geistige Situation der Jahre nach dem Kriege und nach der Staatsumwälzung entscheidend sein, denn in ihr mußten die Ideen geboren werden, die die Zukunft gestalten sollten. Für uns ist heute die Frage, ob es damals unter dem Eindruck des Erlebens und der Erfahrung, die der Krieg und die Ereignisse des 9. November gebracht hatten, zum Ansatz einer nationalen Idee kommen konnte, wo diese Ansätze liegen und was mit ihnen geschehen soll.

Erlebnisse und Erfahrungen waren ihrer Qualität nach anders bei der älteren Generation, die schon in voller Reife in den Krieg eingetreten war, als bei den jungen Leuten, die noch nicht in den Jahren vor 1914 geistig verwurzelt waren. Für die ältere Generation war die Welt des Scheins und der Illusion dahin, in der sie gelebt hatte, oft ohne es zu merken. Die Monarchie, die bis dahin die Gewähr für die stetige Entwicklung und für den Zusammenhalt des Reiches gewesen war, hatte sich selbst aufgegeben. Man glaubte bei der älteren Generation, daß das deutsche Volk noch nicht mündig wäre, um sich selbst regieren zu können, und deshalb erstrebte man die Wiederkehr der Monarchie und die Beseitigung der Republik. Über den Untergang der Monarchie lebte man weiter in Illusionen. Man glaubte, sie sei untergegangen als Folge eines in der entscheidenden Stunde

unternommenen Hochverrats, dessen Täter dem im Felde unbesiegten Heer sozusagen einen Dolch in den Rücken gestoßen hätten. Der Kaiser, der nach Holland geflüchtet war, galt einem Teil der älteren Generation als Märtyrer, der der Krone entsagt hätte, um dem deutschen Volk den Bürgerkrieg zu ersparen. Ein anderer Teil der alten Generation vermochte es, sich von den Illusionen zu befreien und sah deswegen tiefer. Ihm waren die Ereignisse in Spaa und die Flucht nach Holland nur Wirkungen des kaiserlichen Verhaltens, des Charakters Wilhelms II. und der gesellschaftlichen Zustände, die alle zusammen zum Verlust des Krieges geführt hatten. Daß der Kaiser in schwerer Stunde sein Volk allein gelassen hatte, hatte doch das monarchische Gefühl weiter Kreise des Besitz- und Bildungsbürgertums tief verletzt und hatte zu einem Absterben des monarchischen Gefühls geführt, zumal auch die Bundesfürsten dem allen tatenlos zugesehen hatten. In diesen Kreisen des Bürgertums verstand man es nicht, wie der Kaiser, der doch nach seinen eigenen Worten sich als Instrument des Himmels gefühlt hatte, der als König von Gottes Gnaden in der Gnade Gottes stand, im entscheidenden Augenblick, da es um Reich und Krone ging, offenbar den Glauben an Gott verloren hatte und auf seine Gnade und Hilfe nicht vertraute und, anstatt sich auf Gott zu verlassen, sein Heil in der Flucht ins Ausland suchte. Dadurch wurde in diesen Menschen auch das Vertrauen zu Religion und Kirche stark erschüttert und so der Prozeß der Entchristlichung, vor allem im evangelischen Teil des Besitz- und Bildungsbürgertums sowie des Kleinbürgertums, weiter vorangetrieben.

Während Adel, Beamte und Offizierkorps im allgemeinen nach rückwärts sahen, schaute die Masse des Bildungs- und Besitzbürgertums wohl nach vorwärts, aber ihm fehlte die innere geistige Kraft und das religiöse Feuer, aus dem heraus Männer sich zum Handeln berufen fühlen, die dann wie Stein zur Führung erwählt werden. So war die ältere Generation im großen und ganzen doch geistig steril, und diese Unfruchtbarkeit spiegelt sich am deutlichsten in Spenglers „Untergang des Abendlandes“ wieder. Aus pessimistischer Untergangsstimmung aber kann keine nationale Idee entstehen, weil ihr der Glaube an eine Entelechie fehlt. Die ältere Generation resignierte vielfach. Sie hatte keine Kraft mehr, eine neue Idee hervorzubringen, und deswegen ruft sie nach der Jugend und wirbt um sie. Aber dabei will sie doch noch weiter herrschen, obwohl sie dazu nicht mehr berufen war.

Die jüngere Generation, deren Haltung und Leben durch den Krieg und das innere Erlebnis des Krieges geformt war, suchte. Ihr Weltbild besaß noch keine Schärfe und Sicherheit. Sie wußte nur, daß man, wie Ernst Jünger, im Kriege ein Gottesurteil über die Idee sehen müsse,



der ein Volk gehuldigt habe. Dieser Krieg hatte die Jugend zum Kampf erzogen, vor allem zum Kampf gegen gesellschaftliche Überheblichkeit und Unehrllichkeit. Ernst Jünger machte sich in seinem Buch „In Stahlgewittern“ zum Sprecher für einen großen Teil der Frontgeneration, als er das kriegerische Todesopfer als Sinn des Lebens verkündete. Sicher war das radikal, aber diese Jugend hatte einen gewissen geistigen Radikalismus aus dem Felde mitgebracht. Sie wollte geistig reinen Tisch machen, und so schien hier eine Voraussetzung für das Entstehen einer nationalen Idee gegeben.

Doch diese junge Generation war geistig keine Einheit. Gemeinsam war allen ihren Teilen nur das ehrliche Suchen nach einer Idee. Die Idee tritt jetzt überall in den Vordergrund, und der Ruf nach der Idee zeigte, daß sich die Jugend in ihrer großen Mehrzahl vom Materialismus als Denkform und Anschauung abgewandt hatte. Aber sie hatte ihre eigene Lebensform noch nicht gefunden.

Wenn wir nun auf das, was die Jugend geistig bewegte, näher eingehen, so wollen wir in einer gewissen Anlehnung an Armin Mohler fünf Gruppen unterscheiden<sup>70</sup>:

1. Da ist zunächst die völkische Gruppe, die den antisemitischen Gedanken aus der Zeit vor dem Kriege aufnimmt und ihn zu einer oberflächlichen Rassentheorie ausbaut, in der die Überlegenheit des Germanentums über die anderen Völker behauptet wird. Mit der Gegnerschaft gegen das Judentum verbindet sich vielfach eine Ablehnung des Christentums, weil es aus einer jüdischen Religion hervorgegangen oder von jüdischer Seite verfälscht worden sei. Es gelte dafür ein deutsches Christentum zu schaffen<sup>71</sup>.

2. Die jungkonservative Gruppe, die das Reich in den Mittelpunkt stellte, das aber vom Volk getragen sein soll und dabei den einzelnen Stämmen ihre Eigenart lassen wollte. Das Christentum ist für diese Gruppe Werkzeug, aber nicht Selbstzweck.

3. Nationalrevolutionäre sind die jungen Menschen, die zwischen 1890 und 1905 geboren sind und die von der Nation ausgehen. Diese wird in einem mystischen Pantheismus gesehen, und gleichzeitig lehnt man den rationalistischen „westlerischen“ Liberalismus ab. Das Deutsche soll wieder unter eine umfassende Bindung gestellt werden. „Es führt alles zum Glauben zurück, und es kommt alles vom Glauben her“ (Schauwecker). Dieser Glaube aber ist mystischen Ursprungs, und damit wird er zu etwas Unbestimmtem. Schauwecker umschreibt diesen Glauben so: „Wenn die Nation ohne Beginn und

<sup>70</sup> Armin Mohler, Die konservative Revolution in Deutschland. Stuttgart 1950, S. 165 ff.

<sup>71</sup> S. dazu z. B. Max Maurenbrecher, Der Heiland der Deutschen. Göttingen 1930.

Ende ist, wenn sie im Ursprung und Ziel eins ist, dann ist die Nation in Gott, und Gott ist die Nation. Dann ist Deutschland eine Religion. Dann ist der Deutsche im letzten ein Glaube.“ Unklarer und anthropozentrischer kann man wohl kaum sein.

Ablehnung des Liberalismus ist Ablehnung des „Westlertums“. Damit erwacht eine unklare und unbestimmte Hoffnung auf den Osten. „Die ersten, die das kommende Reich zu denken wagen, ahnen mit lebendigem Instinkt, daß der Ausgang des Krieges eine Bindung an den Westen zerstören muß“ (Ernst von Salomon). In Rußland und seiner Revolution wird nicht nur das kommunistische Reich gesehen — das ja in Wahrheit gerade auf dem westlichen rationalistischen Marxismus aufgebaut ist —, sondern auch ein Versuch mit konservativem Einschlag, sich von dem westlichen Liberalismus abzusetzen<sup>72</sup>. Man will sich von dem versinkenden Abendland fort der unverbrauchten Kraft des Ostens zuwenden. Darin kommt die Mittellage Deutschlands zwischen Ost und West zum Ausdruck. Doch es wird zu gering bewertet, wie der Osten sich in der Oktober-Revolution 1917 vom Westen gesellschaftlich und kulturell geschieden hat, wodurch ein unüberbrückbarer Gegensatz zwischen Ost und West entstanden ist. Dieser Gegensatz wird aber in seiner ganzen Tiefe nicht erfaßt, weil man die große kulturelle Bedeutung des Christentums verkennt. Man hat zu ihm keine innere Bindung mehr, und damit fehlt auch der wirklich religiöse Glaube.

4. Die bündische Jugend umfaßt vor allem die Jahrgänge, die nicht mehr am Kriege teilgenommen haben. Aber ihre Führer entstammen meist den Reihen der Frontgeneration. Die bündische Jugend will keine Parteijugend und keine kirchliche Organisation sein, sie will sich vielmehr außerhalb der erstarrten Formen ein eigengesetzliches Leben schaffen, das auf innere Wahrhaftigkeit gegründet ist. Feste Programme und Ziele sind nicht vorhanden. Der Verstand wird bewußt zurückgedrängt, das Gefühl ist das Entscheidende, und damit ist die bündische Jugend eine Wiederauferweckung der Romantik.

5. Die sozialistische Jugend endlich ist nicht kriegerisch, sondern pazifistisch. Sie kämpft gegen den Geist der Gewinnsucht, der die bürgerliche Gesellschaft beherrscht, ohne sich aber dabei dem Klassenkampf zu verschreiben, und sie wendet sich gegen eine Erstarrung des Marxismus als Dogma, ebenso wie gegen das russische Experiment.

Dieser geistigen Gärung, die in der Jugend vor sich geht, sehen sich die Kirchen gegenüber. Beide Kirchen machen eine schwere Krise durch, die bei der evangelischen Kirche erheblich schwerer ist als bei

<sup>72</sup> Möeller van den Bruck, Das dritte Reich, 3. Aufl., Hamburg 1932, S. 172 ff.

der katholischen, weil sie ihren Rückhalt am Staat verloren hat, seitdem die Fürsten ihren Thronen entsagten und damit zugleich ihre Funktion als *summi episcopi* der evangelischen Kirche aufgaben. Karl Jaspers sieht, wie in der Zeit, da man die Welt bewußt entgötterte und technisierte, die Religion in den kirchlichen Organismen zwar „trefflich tradiert“ wurde, doch in den Menschen „keinen schöpferischen Ausdruck aus eigenem Gegenwert mehr zu finden schien.“ Das Zeitalter hat den „glaubenslosen, vom Apparat eingestampften Menschen“ hervorgebracht<sup>73</sup>. Der Krieg hatte diese Entwicklung noch verstärkt, und so nehmen in den Jahren nach dem Kriege die Kirchenaustritte zu.

Allerdings erlebte die evangelische Theologie jetzt einen vollständigen Umbruch. Ebenso wie die Existenzphilosophie von Heidegger und Jaspers die Lage des Menschen zum Mittelpunkt der Philosophie machte, so tat es die dialektische Theologie von Karl Barth, deren repräsentatives Werk für jene Jahre sein Kommentar zum Römerbrief wurde. Barth geht von dem Satz aus, daß der Mensch Gott nicht erkennen könne, daß sich aber Gott in Christus den Menschen offenbart. Ganz im Geist der Zeit geht er von dieser Ausgangsposition auf die Frage los, was der Mensch sei und wie sich sein Verhältnis zu Gott gestalte. Das aber ist die Frage, die aus dem Kriegserlebnis heraus sich der ganzen jungen Generation aufgedrängt hatte, mit der sie gerungen hatte und damals noch rang. Also nicht Fragen der Lehre werden in den Mittelpunkt gestellt, sondern das Problem der menschlichen Existenz. Die Welt aber steht unter dem göttlichen Nein, und damit ist jeder Versuch des Menschen, von sich aus etwas vor Gott zu sein, vergeblich. Doch der Mensch kann es wohl wagen, im Glauben an Christus seine Existenz als eine wahrhaftige Sünde zu begreifen und dann ebenfalls im Glauben an Christus auch seine Erlösung zu finden. Sicher ist an Christus alles verstandsmäßig zu bestreiten, aber warum soll man es bestreiten? Das Geschehen, auf das es in der Bibel ankommt, nämlich die Erlösung des Menschen, ist historisch weder erfaßbar noch widerlegbar. Es ist eine Angelegenheit des Glaubens und nicht der Vernunft.

Diese Gedankengänge, die das Übervernünftige klar herausstellen, kamen gerade dem Suchen der Frontkämpfergeneration entgegen. Die Lehre Barths wirkte deshalb besonders auf die Jugend und die evangelischen Geistlichen, die aus der Frontkämpfergeneration hervorgegangen waren, stark ein. Sie mußte auch in der Predigt zum Ausdruck kommen, die sich nunmehr vermehrt dem einzelnen und seinen Nöten zuwandte. Bis zum Jahre 1933 hatte sich dieser durch Karl Barth

<sup>73</sup> Karl J a s p e r s, *Die geistige Situation der Zeit*. (1931) Berlin 1953, Sammlung Götschen, Heft 1000, S. 139.

hervorgerufene Umbruch noch nicht voll durchsetzen können, doch hat Barth die evangelische Kirche aus der Erstarrung herausgerissen, von der sie vor dem ersten Weltkrieg befallen war.

Aber noch immer konnte die evangelische Kirche sich nicht zu einer wirklichen Aktivität in der sozialen Frage entschließen. Der Versuch von protestantischer Seite, in einem religiösen Sozialismus christliche und sozialistische Gedanken zu vereinen, blieb ohne nachhaltige Wirkung. Ebenso konnte die völkisch orientierte deutsch-christliche Bewegung sich nur innerhalb sehr enger Grenzen ein Feld der Tätigkeit schaffen. Obwohl die evangelische Kirche aus den Fesseln des Staates befreit und durch die dialektische Theologie zu neuem Leben erwacht war, entsprang trotzdem daraus keine nationale Idee. Die geistige Zersplitterung und Verwirrung, in der vor allem die Frontgeneration lebte, stand dem entgegen. Die Lage, die der 9. November 1918 geschaffen hatte, war noch zu neu; man war ihrer noch nicht Herr geworden. Die gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Verhältnisse ließen es zu dieser inneren Klärung zunächst nicht kommen. So fehlte es noch an der Orientierung im Raum und im Geist.

Die gesellschaftliche Wandlung, die durch die Staatsumwälzung hervorgerufen worden war, hatte die Vorherrschaft des Adels zwar nicht ganz, doch weitgehend gebrochen. Er mußte seine entscheidenden Positionen, die er in der Leitung des Staates und der Verwaltung inne hatte, aufgeben. Damit verminderte sich seine Macht und Verantwortung, aber auch das Gefühl, daß in der Demokratie die Verantwortung auf politischem Gebiet nicht nur bei der Regierung, sondern auch bei dem einzelnen Wähler liegen müsse. Die Stellung als führende Schicht hatte der Adel verloren, weil die Monarchen und deren Höfe fehlten, auf denen sie beruhte. Dadurch kam auch der eigenartige preußische Ehrbegriff außer Geltung, und es fielen die durch diesen aufgerichteten Schranken zwischen Adel und Bürgertum. Allerdings war der ostelbische Großgrundbesitz nicht gewillt, seine Stellung kampflos zu räumen. Er mußte jetzt um seine ökonomische Macht ringen, die bald ernstlich bedroht werden sollte, und er bekämpfte den Staat und die Regierungen, weil sie einer notwendigen Agrarreform das Wort redeten und sie auch durchzuführen begannen.

Die Frage war nun, wer den Adel als führende Schicht ersetzen sollte: das Besitzbürgertum oder, wie es in den letzten Wochen des Jahres 1918 den Anschein hatte, etwa gleich die Arbeiterschaft? Die Revolution hatte die gesellschaftliche Stellung der Arbeiterschaft erheblich geändert. Und dem hatte schon im Sommer 1918 das Besitzbürgertum vorausschauend Rechnung getragen, als sich herausstellte, daß der Krieg nicht mehr zu gewinnen war. Persönlichkeiten aus



der Industrie hatten eine Zusammenarbeit zwischen den Organisationen der Unternehmer und der Arbeiter erstrebt. Einleitende Verhandlungen waren im Gange, und — als die Staatsumwälzung erfolgte — traf man, als noch alle Dinge im Fluß waren, in Berlin zusammen, und beide Parteien erkannten am 11. November 1918 die beiderseitigen Verbände als Vertragspartner an. Die Unternehmer gaben damit ihre den Gewerkschaften gegenüber ablehnende Haltung auf. Sie erklärten sich ferner bereit, den 8-Stundentag anzunehmen, Lohn- und Arbeitsverhältnisse kollektiv zu regeln<sup>74</sup>. Damit waren die wesentlichen gesellschaftlichen Ziele erreicht, um die es im Emanzipationskampf der Arbeiterschaft gegangen war. Da diese Initiative schon vor den Novemberereignissen von der Seite der Unternehmer ausging, konnte es den Anschein haben, als ob das Besitzbürgertum sich anschickte, an die Stelle des Adels als führende Schicht zu treten, wie es im Zuge der Entwicklung wohl gelegen hätte. Aber dem war nicht so. Auch jetzt fiel das Besitzbürgertum wieder in seine Gewohnheit aus der Zeit vor dem Kriege zurück, sich ausschließlich seinen Unternehmen zu widmen und die politischen Angelegenheiten im wesentlichen den Syndici der Interessentenverbände zu überlassen. Damit aber schaltete sich das Besitzbürgertum als führende Schicht selbst aus. Das Bildungsbürgertum und das Kleinbürgertum konnten aus ökonomischen Gründen diese Stelle nicht übernehmen, denn ihnen fehlte die Macht, die der Besitz der entscheidenden Produktionsmittel im modernen Industriestaat verleiht.

Aber auch die Arbeiterschaft war dazu nicht in der Lage. Sie hatte soeben erst aus dem Kampf um ihre Emanzipation heraus als vollwertiger und gleichberechtigter Faktor den Eintritt in die neu sich bildende Gesellschaft vollzogen. Die Zahl der Persönlichkeiten, die sich zu führenden Rollen eigneten, war noch zu gering. Deswegen war in den Herbsttagen 1918 Ebert wohl für die Abdankung Wilhelms II., aber nicht für die Beseitigung der Monarchie eingetreten. So war das Ergebnis, daß Deutschland in den Jahren 1918 bis 1933 keine führende Schicht besaß. Es entstand im gesellschaftlichen Aufbau eine Lücke, die irgendwie ausgefüllt werden mußte, da das dazu berufene Besitzbürgertum sich seiner Aufgabe versagte, sie vielleicht auch gar nicht einmal in der Schärfe, in der sie ihm gestellt war, erkannte. Da keine führende Schicht in der deutschen Gesellschaft in den Jahren nach dem ersten Weltkrieg vorhanden war, vermochte auch eine nationale Idee, die etwa aus der religiösen Erneuerung und der geistigen Bewegung der Frontkämpfer hätte entspringen können, in der Gesellschaft keine Stütze und Aufnahme zu finden.

---

<sup>74</sup> Hans von Raumer, Unternehmer und Gewerkschaften in der Weimarer Zeit. Deutsche Rundschau, 80. Jahrg. 1954, S. 425 ff.

Der Druck der politischen Lage, unter dem sich das deutsche Volk nach dem Kriege befand, war an sich durchaus dazu angetan, eine nationale Idee aufkeimen zu lassen. Das Diktat von Versailles hatte das Deutsche Reich von der Höhe seiner Macht in den Abgrund politischer Ohnmacht gestoßen. Außerdem enthielt das Friedensdiktat eine Bestimmung, nach der Deutschland seine Alleinschuld am Kriege zu bekennen hatte; weitere Artikel zwangen zu erheblichen Gebietsabtretungen im Osten und im Westen. Deutschland wurde entwaffnet. Nur durch ein geschlossenes Zusammenstehen des ganzen Volkes konnte es in allmählichem zähen Widerstand gelingen, das Friedensdiktat zu revidieren. Kriegsschuld und Entwaftung vor allem berührten Stolz und Ehrgefühl der Nation, und beide Bestimmungen spalteten das Volk in kurzer Zeit in zwei Teile, zwischen denen es kaum eine Verständigung gab, statt daß sich die Deutschen zum nachhaltigen Protest fest zusammenschlossen.

Aber damit nicht genug. Deutschland wurde eine Kriegsentschädigung von außerordentlicher Höhe auferlegt, bei der es von vornherein zu übersehen war, daß sie nicht erfüllt werden konnte. Bei der Machtlosigkeit des geschlagenen und entwaffneten Reiches blieb nur übrig, die Gegner von der Unmöglichkeit, ihre Forderungen zu erfüllen, dadurch zu überzeugen, daß man die Erfüllung versuchte. Das gelang bis zu einem gewissen Grade den Engländern gegenüber, während die Franzosen starr auf ihrem Schuldschein bis zum letzten beharrten. Auch über die Frage, soll man erfüllen oder das Unerfüllbare ablehnen, gingen die Meinungen naturgemäß auseinander. Man bestritt denen, die die „Erfüllungspolitik“ betrieben, daß sie aus nationalem Denken und Fühlen heraus handelten. Man warf ihnen Schwäche vor, aber wenn man sich weigerte, das Unerfüllbare zu erfüllen, so war zu übersehen, daß dadurch bei dem fanatischen Haß der führenden französischen Politiker das Reich zugrundegehen müßte. Das zu erreichen, war das Ziel der französischen Politik. Wie dem anders als durch Erfüllung begegnet werden konnte, vermochten die, die die Erfüllungspolitik verwarfen, nicht zu sagen. Jetzt zeigte es sich, wie unheilvoll es war, daß dem deutschen Volke eine nationale Idee fehlte, an die sich alle ohne Unterschied der Parteien gebunden fühlten und von der aus die Politik der Regierungen beurteilt wurde. So wurde das Volk nicht zusammengeschlossen, sondern nach allen Richtungen zerspalten, und darunter mußten alle Versuche, durch eine geschickte Politik zu einer Milderung des Diktats zu kommen, scheitern. Als dann Stresemann, der ursprünglich in den Reihen der „nationalen“ Opposition gestanden hatte, als Reichskanzler und Außenminister ebenfalls den Weg der Erfüllungspolitik beschritt, weil es gar keinen an-

deren Weg gab, wurde er von der „nationalen“ Opposition als Landesverräter hingestellt. Diese Diffamierung wurde auch aufrecht erhalten, als es sich klar herausstellte, wie es ihm gelang, das Reich Schritt für Schritt als gleichberechtigten Partner wieder in die Reihe der Großmächte zurückzuführen. Wie einst Bismarck, so schwebte auch Stresemann eine nationale Idee vor. Aber ebenso wie Bismarck spricht er sie nicht klar aus. Er sagt: „Deutschlands Mission ist es, in Europa der große Neutrale zu sein<sup>75</sup>.“ Diese Idee baut auf den gleichen Erkenntnissen auf, von denen sich Bismarck nach dem Kriege von 1870/71 hatte leiten lassen. Sie enthält auch etwas von der alten Aufgabe des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation als des Mittlers innerhalb einer friedvollen abendländischen Völkergemeinschaft<sup>76</sup>. Dagegen bekennt er ebenso klar, daß Deutschlands Platz nicht an der Seite des bolschewistischen Ostens sein kann, wie es die Russen und ein Teil der jungen Generation gern gesehen hätten, sondern Deutschland gehört für ihn zum Westen. Die Lage zwischen Ost und West verbietet es aber, sich mit den Russen zu verfeinden und sich an einem Kreuzzug gegen den Bolschewismus zu beteiligen<sup>77</sup>.

Da Stresemann von der „nationalen“ Opposition moralisch diffamiert wird, obwohl ihm die oppositionellen Gegner keinen anderen gangbaren Weg zeigen können, gelingt es nicht, die große Konzeption Stresemanns zur nationalen Idee auswachsen zu lassen. Sie wird im innerpolitischen Kampf zerredet und zerstritten, und die führende Schicht fehlt, die sie hätte aufgreifen können. Diejenigen aber, die die führende Schicht zu bilden berufen gewesen wären, standen fast durchweg im Lager der „nationalen Opposition“.

Auch die innere Politik hatte ebenso zersplittende Elemente in sich wie die äußere. In der Innenpolitik war es vor allem die Flaggenfrage. Die Weimarer Verfassung hatte an die Stelle der alten schwarz-weiß-roten Reichsfarben die schwarz-rot-goldene Fahne gesetzt. Darin aber sahen die Massen der alten Frontkämpfer, der Adel und erhebliche Teile des Kleinbürgertums eine würdelose Verleugnung der Vergangenheit. Deshalb bekämpfte die „nationale“ Opposition die neue Flagge und trug selbst die alten Reichsfarben voran, die sie damit zur Parteifahne degradierte. Darin äußerte sich ihre Feindschaft gegen die republikanische Staatsform und die Weimarer Verfassung. Beide sah man als aus der Niederlage geboren, als etwas an, das dem deutschen Volk durch den siegreichen Feind aufgedrängt worden sei. Dabei vergaß man aber, daß die Monarchie durch das eigene Verhalten des Monarchen das reiche Kapital an monarchischem Gefühl im deut-

<sup>75</sup> Vierteljahreshefte zur Zeitgeschichte, 4. Jahrg. 1956, S. 29.

<sup>76</sup> Walter Görlitz, Gustav Stresemann, Heidelberg 1947, S. 231.

<sup>77</sup> Walter Görlitz, a.a.O., S. 200.

schen Volke fast ganz vernichtet hatte. Wenn man im übrigen für die Wiederkehr der Monarchie eintrat, wie es die „nationale“ Opposition tat, dann war es vor allem notwendig, dafür zu sorgen, daß sich der Staat wieder festigte, damit die Monarchie nicht von vornherein auf unsicherem Boden stand. Das schloß keineswegs die Opposition aus, aber diese Opposition mußte die nationale Würde, die Autorität des Staates und die Unverletzlichkeit des Rechtes im Auge behalten. Aber alles das war nur möglich, wenn die „nationale“ Opposition auch eine nationale Idee zur Richtschnur ihres Handelns gemacht hätte. Diese aber besaß sie nicht, sie konnte sie auch nicht dem deutschen Volke schenken, weil sich die Opposition nicht auf den nüchternen Boden der Tatsachen, sondern im Gefilde gefühlsmäßiger Illusionen bewegte und damit unfruchtbar wurde.

Weil den Parteien eine politische Idee fehlte, die eben nur eine nationale Idee sein konnte, zerfielen sie zwischen 1918 und 1933 fast alle, und es entstanden kleine Gruppen von oft nur vorübergehender Dauer. Die Wähler aber konzentrierten sich auf den radikalen Flügel, links bei den Kommunisten und rechts bei der 1925 neu hinzugetretenen nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei Adolf Hitlers.

Vor allem konnten die Parteien die Jugend nicht an sich ziehen. Diese suchte oft Unterkunft in einer großen Anzahl militanter Verbände. Das waren Überreste der aufgelösten Freikorps, die in den ersten Monaten der Republik aus ehemaligen Angehörigen des alten königlichen Heeres aufgestellt worden waren, um die gestörte Ordnung nach der Revolution wieder herzustellen. Diese militanten Verbände setzten sich meist aus Landsknechten zusammen, die den Übergang aus dem Krieg in das bürgerliche Leben des Friedens nicht hatten finden können. Dazu kam die Jugend aller Kreise, die in diesen Verbänden die Wahrer der nationalen Ehre gegenüber den Parteien und den Erfüllungspolitikern sah. Die Verbände waren „national“, d. h. sie waren Gegner des Weimarer Staates, der auch für sie aus Verrat und Niederlage entstanden war. Gegen diesen Staat wurde mit allen Mitteln gekämpft vom politischen Mord bis zum Putsch. Man verlegte also die politische Tätigkeit außerhalb des Parlaments, wobei man sich aber keineswegs klar darüber war, was das letzte Ziel allen politischen Tuns und Putschens sein sollte, denn mit der Eroberung der Macht allein war es ja nicht getan. Man konspirierte häufig nur um des Konspirierens willen, aber daraus konnte keine nationale Idee entstehen. Weder Führer noch Anhänger hatten eine solche Idee, sondern nur aus dem Augenblick heraus geborene illusionäre Ziele.

Etwas anders lagen die Dinge bei den großen Verbänden der ehemaligen Frontkämpfer. Da war zunächst der Stahlhelm, der politisch



rechts stand, ohne sich allerdings einer Partei zu verschreiben. Er erstrebte eine Vereinigung der Deutschnationalen Volkspartei mit der Deutschen Volkspartei an. Diese Versuche scheiterten einmal an der republikfeindlichen Haltung der Deutschnationalen und dann an den persönlichen Gegensätzen zwischen Hugenberg als dem wichtigsten Geldgeber der Deutschnationalen und Stresemann als dem Führer der Deutschen Volkspartei. Aber auch beim Stahlhelm fehlte das Suchen nach einer neuen Grundlage. Man blickte zurück auf den „Geist von Potsdam“ und manifestierte ihn nach außen in Aufmärschen und Paraden, die doch im tiefsten Grund nur Zerrbilder der entsprechenden militärischen Veranstaltungen waren. Man kam im Stahlhelm über einen gewissen Hurratriotismus nicht hinaus, der die im Kriege ausgewachsene Jugend wiederum abstieß.

Auf seiten der Parteien, die die Weimarer Republik bejahten, stand das Reichsbanner Schwarz-rot-gold. Es war aber in erster Linie eine Organisation der Sozialdemokratie, wodurch es stark einseitig orientiert war. Man hatte aber in den Mittel- und Linksparteien, die die Regierung bildeten, noch keine richtige Stellung zu dem Pseudosoldatentum, das sich auf den Geist von Potsdam berief, und einem wahren Soldatentum, das auch die Weimarer Republik nicht entbehren konnte. Allerdings mußte sich ein solches Soldatentum auf dem Boden der neuen Verhältnisse erst allmählich entwickeln. Das war schwer in einem Staat, der zur Wehrlosigkeit verurteilt war, der sich mit einem kleinen Heer von Berufssoldaten begnügen mußte, dessen Symbole bekämpft und beschimpft wurden und dessen regierende Parteien nicht eine ganz große repräsentative Persönlichkeit als Bannerträger der Republik herausstellen konnten.

Die Kommunisten endlich hatten den roten Frontkämpferbund geschaffen, der ebenso wie die Partei selbst international ausgerichtet und in seinem Handeln und Denken von Moskau abhängig war und damit für die Entfaltung der nationalen deutschen Idee ausfiel.

Diese großen Verbände der alten Frontkämpfer entwickelten sich im Lauf der Zeit immer mehr zu privaten Armeen der Parteiführer derjenigen politischen Richtungen, denen sie sympathisch gegenüberstanden. Sie wurden damit zu einer politischen Macht, aber trugen dazu bei, die politischen Kräfte weiter zu zersplittern und politische Entscheidungen in die Sphäre der Unverantwortlichen zu legen, so daß Kräfte, die hinter den Kulissen wirkten, die aber nicht fest umrissen und daher bestimmbar waren, auf politische Entscheidungen maßgebenden Einfluß erhielten. Das war aber nur ein Zeichen für die in den Jahren 1918 bis 1933 sich vollziehende Auflösung der politischen Kräfte, denen es an Rückhalt bei einer führenden Schicht fehlte, und das alles war die Folge, daß keine nationale Idee vorhanden war.

Der Wirrwarr der politischen Auffassungen und Ziele wurde noch vermehrt durch eine Reihe von politischen Salons und Klubs, die als neuartige Erscheinungen nach 1918 zutage traten. In ihnen fanden Literaten, ehrgeizige Politiker, verabschiedete Offiziere aus dem alten königlichen Heer, die sich jetzt der Politik widmeten, Vertreter der verschiedenen wirtschaftlichen Interessentenverbände und endlich politische Abenteurer einen Platz. Es waren die Stellen, wo von unverantwortlichen, anonym bleibenden Kräften Regierungen unterstützt, gestürzt und wieder neu gebildet wurden. Dabei fanden sich dann aus Machtstreben oft die politisch heterogensten Kräfte zu vorübergehender Zusammenarbeit zusammen<sup>78</sup>.

Hinter alledem stand unberührt vom Gewirr der Parteien, der Interessentenverbände, der Frontkämpfer und Freikorps das Heer, die Reichswehr. Das alte königliche Heer hatte einen bleibenden obersten Kriegsherrn, auf den es vereidigt war, und unter dem es sich die Staatsgewalt sichtbar und körperlich vorstellen konnte. Der Soldat sah und wußte, wofür er zu kämpfen hatte. Das fehlte der neuen Republik; für diese war das Bleibende die Verfassung, ein Buch mit Rechtssätzen, deren Tragweite und Inhalt nicht ohne weiteres für die Masse der Bevölkerung und auch der Gebildeten zu übersehen war. Die Durchführung der Verfassung lag aber in der Hand der wechselnden Regierungen und wechselnden Reichspräsidenten, die wiederum alle an Parteien gebunden waren. Das war dem in monarchischer Tradition großgewordenen Offizier und auch dem Soldaten nur schwer verständlich. Dazu blieben die Männer, die als Politiker die Geschicke des Reiches bestimmten, dem Soldaten fremd, sie waren Zivilisten; diese Zivilisten hatten aber ebenso wenig Kontakt mit den Soldaten und oft auch kein Verständnis für die Eigenart seines Denkens und seiner Stellung. Beide lebten auf verschiedenen Ebenen. Das zweite Moment der Entfremdung zwischen Soldaten und Politikern waren die Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Diktats, die die Regierung durchzuführen hatte, wobei sie nach Meinung der Soldaten nur allzu bereitwillig auf die Befehle der Feinde einging. Der ganze Staat endlich war aus der Niederlage geboren, er war ein Produkt des Dolchstoßes, und in diesem Staat fühlten sich Soldaten und Offiziere nicht heimisch. Man tat auch nicht viel von seiten der regierenden Parteien, um dem Soldaten den neuen Staat näher zu bringen.

Dem Offizier fehlte die innere Orientierung, und er vermißte die gesellschaftliche Stellung, die er in der Monarchie gehabt hatte. Jetzt

---

<sup>78</sup> S. dazu Karl Schwend, *Bayern, Zwischen Monarchie und Diktatur*, München 1954, S. 152 ff., 200 ff. Walter Görnitz, *Hindenburg*, Bonn 1953, S. 396 und 404. Kunrat Frhr. v. Hammerstein, *Schleicher*, Hammerstein und die Machtübernahme, 33. Frankfurter Hefte, 11. Jahrg. 1956.

gehörte das Offizierkorps nicht mehr zur führenden Schicht; es stand vielmehr gesellschaftlich mehr oder weniger isoliert. In den Städten begannen die Kreise des Handels und der Industrie das gesellschaftliche Leben zu beherrschen — ohne damit aber die führende Schicht zu werden. Diese Kreise hatten sich durch die wirtschaftliche Entwicklung einen gewissen Wohlstand wahren können, über den das Offizierkorps nicht mehr verfügte. Damit konnte es nur in beschränktem Umfang an den gesellschaftlichen Veranstaltungen der Industrie- und Handelskreise teilnehmen. Auf der anderen Seite lehnte der monarchisch eingestellte Adel sehr oft den Verkehr mit den Soldaten der Republik ab. Diese gesellschaftliche Isolierung machte die Reichswehr in der Zeit der Weimarer Republik zu einem Staat im Staat. Die abschließende Tendenz wurde noch durch die Maßnahmen des Organisators des neuen Heeres, des Generals von Seeckt, gefördert. Seeckt verlangte wohl vom Heere unbedingte Treue zur Verfassung. Er ließ auch darüber in Ansprachen an das Offizierkorps gar keinen Zweifel, aber andererseits mußte er auch der Verbitterung der Offiziere und Soldaten über die Bestimmungen des Versailler Diktates Rechnung tragen. Diese Empörung teilte Seeckt selbst in vollem Maße. So hatte die Reichswehr wenig Verständnis für die Erfüllungspolitik der Regierung. Das erkannte Seeckt und ihm lag daran, das Heer aus dem verderblichen Kampf der Parteien herauszuhalten, denn dieser Kampf drehte sich ja letzten Endes darum, was unter nationaler Politik verstanden werden könnte und was nicht. Aus diesem Grunde hielten Seeckt und seine Nachfolger die Truppe von jeder Tagespolitik fern, und damit hatte auch der junge Offizier nur sehr beschränkte Möglichkeiten, sich über wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Fragen zu unterrichten. Das Offizierkorps wurde so zu einem nach außen hin weitgehend homogenen Körper, aber es blieb ohne innere Verbindung mit dem außerhalb der Kasernenmauern pulsierenden Leben.

Außerdem trieb die Heeresleitung ihre gesonderte Politik, die sicher auch eine reale Begründung hatte, weil sie mit Konsequenz aus dem territorialen und aus den Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Diktats hervorging. Die Sorge des Chefs der Heeresleitung war die deutsche Grenze gegen Polen. Er befürchtete, daß polnische nationalistische Kreise die militärische Schwäche Deutschlands mit stillschweigender Duldung Frankreichs ausnutzen könnten, um weiteres deutsches Gebiet an sich zu reißen. Aus dieser Besorgnis hielt die Heeresleitung mehr Waffen bereit, als es das Friedensdiktat gestattete. Um sie den Blicken der militärischen Kontrollkommissionen zu entziehen, wurden sie meist auf dem Lande bei den großen Grundbesitzern des Ostens eingelagert, die wiederum Gegner des neuen Staates waren. Ebenso hielt aus den gleichen Gründen die Heeresleitung enge Bezie-

hungen zu den militanten und Frontkämpferverbänden, weil sie hoffte, aus deren Reihen die Truppenteile der Reichswehr gegebenenfalls mit kampfbewährten Offizieren und Mannschaften verstärken zu können. Das erregte bei der bekannten republikfeindlichen Haltung aller dieser Kreise das berechtigte Mißtrauen der republikanischen Parteien und der Regierungen.

Aber auch in der Außenpolitik ging die Heeresleitung eigene Wege. Da die Westmächte jeder militärischen Rüstung Deutschlands feind waren, versuchte Seeckt mit stillschweigender Duldung der Reichskabinette mit der damals politisch noch isolierten Sowjetunion zusammenzuarbeiten. Auf diese Weise sollte einmal den Polen deutlich gemacht werden, daß sie im Falle eines Angriffs auf deutsche Ostgebiete mit einer russischen Intervention zugunsten Deutschlands zu rechnen haben würden. Zweitens ergab sich durch enges militärisches Zusammengehen mit den Russen die Möglichkeit, in dem riesigen, für die Westmächte nicht einzusehenden russischen Raum deutsche Offiziere und Mannschaften an den modernen schlichtenentscheidenden Waffen auszubilden, die das Versailler Diktat für die Deutschen verboten hatte.

So kam die Reichswehr in ein politisches Zwielficht. Sie wurde von den politisch linksstehenden Kreisen der Bevölkerung mit Mißtrauen betrachtet, und das Heer wiederum bekam kein richtiges Verhältnis zum Staat, dem es dienen und den es verteidigen sollte. Der Staat blieb für das Heer die Summe der Artikel, die die Weimarer Verfassung ausmachten, also eine abstrakte Institution des Rechts. Das Heer aber sehnte sich nach einem persönlichen Band und Gefolgschaftsverhältnis, wie es in der kaiserlichen Zeit vorhanden war, und wie es dem Wesen des Soldaten liegt. Dieses persönliche Gefolgschaftsverhältnis fand es in der Hingabe an die starke und fesselnde Persönlichkeit Seeckts, dem es in Gehorsam ergeben war. Aber bekam dadurch die Reichswehr nicht doch den Charakter einer Prätorianergarde, wenn Seeckt dem Reichspräsidenten Ebert erklären konnte: „Die Reichswehr gehorcht mir!“?

Das wurde allerdings anders, als Hindenburg Reichspräsident wurde. Über die persönlichen Beziehungen der älteren Offiziere zum ehemaligen Feldmarschall und über dessen Charisma wurde eine freilich doch im wesentlichen äußerliche, aber immerhin objektive Verbindung zum neuen Staat hergestellt. Die Reichswehr stand sicher unbedingt hinter Hindenburg und war bereit, seine Befehle einfach aufgrund seines Charisma in unbedingtem soldatischen Gehorsam auszuführen. Es kam nur darauf an, ob im gegebenen Fall unverantwortliche Persönlichkeiten aus der Umgebung des Feldmarschall-Reichs-



präsidenten oder seine verantwortlichen politischen Berater sein Ohr hatten.

Alle diese Momente, die in erster Linie aus der Existenz des Versailler Diktates zu erklären sind, zeigen aber auch deutlich, daß aus dem Heer keine nationale Idee entspringen konnte, weil diesem Heer die innere Verbindung zum Staat fehlte. Das Heer stand nur in einem persönlichen Treueverhältnis zu Seeckt und dann zu Hindenburg. Das aber ist für eine Republik ein unhaltbarer Zustand. Das Heer der Republik kann, wenn es nicht Prätorianergarde sein soll, nur dann eine Stütze des Staates sein, wenn es sich als Vollstreckerin der nationalen Idee sieht, in deren Dienst es wirkt und an die es glaubt. Nirgends so krass wie hier tritt die Labilität und das Unvollendetsein aller politischen und staatlichen Verhältnisse der Weimarer Republik zutage. Wenn man in den Jahren 1918—33 in den Kreisen der der Republik ergebenen Parteien des Glaubens lebte, daß die geschriebene Verfassung als gesetztes Recht schon die Kraft habe, die politische und soziale Lage zu konsolidieren und im Volke dazu einen einheitlichen Willen hervorzurufen, dann sollte man bald eines besseren belehrt werden. Die geschriebene Verfassung vermag die nationale Idee nicht zu ersetzen.

Weil der Weimarer Republik die nationale Idee und damit die Berufung fehlte, war sie eine Republik ohne Republikaner. Trotz des verletzten monarchischen Gefühls schwelte in den Herzen aller Deutschen eben doch noch ein kleiner monarchischer Funke, der allerdings nichts mit einer Anhänglichkeit an den ehemaligen Kaiser zu tun hatte. Man war ihm bitter gram, weil er sein Volk in seiner schwersten Stunde im Stich gelassen hatte. Friedrich Stampfer meint noch im Jahre 1947, daß vor 1914 für die Sache der Republik kein sozialdemokratischer Arbeiter auf die Barrikade gegangen wäre<sup>79</sup>. In den ersten Jahren nach dem Sturz der Monarchie war der Arbeiter deswegen Republikaner, weil er nunmehr die volle politische und gesellschaftliche Gleichberechtigung besaß, die ihm die Monarchie lange verweigert hatte. Aber wirklich innerlich überzeugter Republikaner waren doch nur verhältnismäßig wenige Arbeiter. Die große Masse fragte nur danach, unter welcher Staatsform ihr bessere Lebensbedingungen geboten werden könnten.

Die Republik war eben eine Notlösung gewesen, als sie Scheidemann im November 1918 ausrief, weil die Monarchen schlagartig die Throne geräumt hatten. Aber diese Republik war nicht erkämpft worden, sie brachte auch nicht den Wohlstand und die Zufriedenheit,

---

<sup>79</sup> Friedrich Stampfer, *Die ersten 14 Jahre der Deutschen Republik*. Offenbach 1947, S. 8.

die man erhofft hatte, sondern sie war durch die Reparationsverpflichtungen, die sie zu erfüllen hatte, nichts anderes als der Büttel der ehemaligen Feinde, von denen sie dann noch schlecht behandelt wurde. Aber nachdem sie einmal da war, war sie immer noch besser als die Diktatur des Proletariats nach russischem Muster. Endlich war ja auch kein politisch tragbarer Thronanwärter für den leeren Kaiserthron unter den zahlreichen deutschen Fürsten vorhanden, hinter den sich die Masse des deutschen Volkes gestellt hätte. So mußte die Republik einfach erhalten werden, ob sie dem Einzelnen sympathisch war oder nicht, wenn man nicht im Chaos versinken wollte. *Faute de mieux on couchait avec la république*, und damit gab es in Deutschland wohl Verstandes-, aber keine Herzensrepublikaner.

Gerade für eine Republik, der das äußere sichtbare Zeichen der Kontinuität fehlt, wie es die Monarchie in der Krone hat, ist aber die nationale Idee entscheidend für den Bestand und den Zusammenhalt des Staates. Diese nationale Idee kann jedoch nur in solchen Herzen entstehen, die im Staat die rechtliche Organisation sehen, die sich das Volk gegeben hat, um die Aufgabe, die ihm gestellt ist, zu erfüllen.

Zu der Armut des Geistes und der Seele, die in den Jahren nach dem ersten Weltkrieg in Deutschland herrschte und die schon allein der Entstehung einer nationalen Idee hinderlich war, gesellte sich noch die wirtschaftliche Not. Sie war eine Folge des Krieges und wurde verstärkt durch die untragbaren Reparationsforderungen des Versailler Diktats. Das entscheidende Moment war die Inflation, die ständig sinkende Kaufkraft des Geldes.

Die Inflation ist eine Geldschöpfung, die nicht an den Bedürfnissen der Wirtschaft orientiert ist, sondern am Finanzbedarf des Staates, wodurch der Zusammenhang zwischen Warenmenge und zirkulierender Geldmenge zerrissen wird. Da finanzielle Bedrängnis stets eine Begleiterscheinung des Krieges ist, weil dann der Staat viel und schnell Geld braucht, um damit Kriegsmaterial zu kaufen, das nicht in den Warenverkehr eintritt, ist auch die Inflation immer eine Begleiterscheinung des Krieges. Nach dem Krieg wurde die Inflation fortgesetzt, als die Reparationen gezahlt werden mußten, und erst im November 1923 gelang es, die Währung zu stabilisieren, und jetzt trat klar zutage, wie arm das deutsche Volk geworden war.

Die Inflation hatte zunächst den Besitzern von Sachwerten, die Produktionsmittel waren, einen gewissen Wohlstand erhalten, weil der Wert dieser Sachwerte fast entsprechend der Geldentwertung stieg. Solange die Inflation dauerte, lebten deswegen Landwirte und Industrielle in Wohlstand. Geschädigt wurden dagegen die Bezieher

der festen Einkommen, die Rentiers und Beamten, dann auch die Arbeiter, weil die Löhne langsamer stiegen, als der Geldwert sank. Damit war aber einem erheblichen Teil der führenden Schicht die wirtschaftliche Grundlage ihrer Existenz und die Möglichkeit, ihre Kinder auszubilden, genommen. Ein großer Teil der männlichen jüngeren Nachkommen dieser Schichten aber stellte aus diesem Grunde die Führer und Mitglieder der militanten Verbände. Die militanten Verbände bezogen weitgehend Unterstützung von der republikfeindlichen großen ostdeutschen Landwirtschaft und auch von der großen Industrie, die in ihnen Organisationen sahen, mit denen man glaubte, den um sich greifenden Kommunismus bekämpfen zu können. So trugen Inflation und Versailler Diktat zu einer Radikalisierung der jungen ehemaligen Kriegsteilnehmer bei. Nach Beendigung der Inflation unterlagen dieser Radikalisierung auch erhebliche Teile der Bauern und der großen Grundbesitzer vor allem in den marktfernen Gebieten im Osten Deutschlands, weil ihnen die Inflation das flüssige Betriebskapital geraubt hatte, das dann nach der Währungsstabilisierung durch Fremdkapital zu sehr hohen Zinsen ersetzt werden mußte. Das führte zu einer gefährdenden Überschuldung der Landwirtschaft, vor allem der großen Güter bei sinkenden Preisen für Agrarprodukte. In der Arbeiterschaft hatten Inflation und Stabilisierung eine Radikalisierung nach links bewirkt, weil während der Inflation trotz ständig steigender Löhne und vergrößerter Einkommen die Lebenshaltung der Arbeiter sich nicht heben konnte, so daß man darin eine Bestätigung der von Marx aufgestellten Verelendungstheorie sah. Als nach der Währungsstabilisierung eine gegenüber der Vorkriegszeit erheblich größere Zusammenballung der industriellen Vermögen in wenigen Händen sich herausstellte, der auf der anderen Seite eine vollkommene Verarmung des Kleinbürgertums gegenüber stand, nahm die Radikalisierung weiter zu; die Arbeiter wanderten von der Sozialdemokratie zum Kommunismus, und die Kleinbürger liefen aus den Parteien der Rechten und der Mitte den Nationalsozialisten zu. Dem Kleinbürgertum gelang es allmählich wieder, durch eine starke Beschränkung der Lebenshaltung sich bescheidene Ersparnisse anzusammeln. Als aber die große Weltwirtschaftskrise mit den Zusammenbrüchen der Banken auch Deutschland ergriffen hatte, erhob sich eine neue Welle der Radikalisierung des Kleinbürgertums, das die Schuld an der Krise auf die von der Reichsregierung betriebene Erfüllungspolitik schob, und das für die Sicherheit seiner Ersparnisse fürchtete. Die sich von Woche zu Woche steigende Arbeitslosigkeit trieb neue Scharen der Arbeiter in die Arme der Kommunisten.

In dieser Zeit der Verzweiflung trat ein Mann immer mehr in den Vordergrund, der schon während der Jahre der Inflation dem Marxis-

mus den Kampf angesagt hatte, der zum Kampf gegen das Versailler Diktat als der Quelle allen Unglücks aufrief, der die „Novemberverbrecher“ beseitigen wollte, die ihre Namen unter das Dokument des Elends gesetzt hätten, und der behauptete, daß er die rettende Idee habe. Nach der Idee sehnte sich die Jugend in ihren vielgestaltigen Gruppen, nach einer Idee hielt das Kleinbürgertum Ausschau, ja allen hatte es an der neuen leitenden Idee gefehlt, gleich ob sie in den Reihen der „nationalen“ Opposition oder in den Reihen der Regierungsparteien gestanden hatten. Der Wunsch, den alle mehr oder weniger ausgesprochen hatten, weil sie doch noch im tiefsten Herzen Monarchisten waren, schien sich ebenfalls zu erfüllen: ein Mann, der das Volk führen wollte, war da! Er hatte es in kurzer Zeit zu einer gewaltigen Gefolgschaft gebracht, die hinter ihm stand. Vielleicht war dieser Mann dem deutschen Volk vom Himmel geschenkt. Man hatte also in der Zeit der größten Not das gefunden, was man suchte, den großen Mann und die Idee.

Dieser Adolf Hitler war im Weltkriege Gefreiter gewesen, wo er als Österreicher im deutschen Heer gedient hatte. Sonst hatte er keinen Beruf. Er verfügte über eine große Rednergabe, mit der er seine Zuhörer in Bann zog, und er war sicher einer der größten Demagogen des 20. Jahrhunderts.

Die Idee, die er verkündete, war ein krauses Gemisch alld deutscher und antisemitischer Gedanken mit Brocken von Nietzsche, Schopenhauer, H. St. Chamberlain und aus den Büchern des Anthropologen Günther. Er will den Marxismus zerschmettern, eine Absicht, die die kleinen Bürger und auch das industrielle Besitzbürgertum aufhorchen ließ. Er will eine Verschmelzung von Nationalismus und Sozialismus herstellen. Das klang verheißend in den Ohren der Frontgeneration, die das Erlebnis der Kriegskameradschaft hinter sich hatte, in der alle Unterschiede der Klassen sich vor dem Tode als sinnlos erwiesen hatten.

Im Mittelpunkt der Idee, die Hitler verkündete, stand eine Rassen-theorie. Danach sind die Arier allein Kulturbringer, sie sind deswegen die Herren, während die anderen Rassen nur Kulturträger sind, die das aufnehmen, was ihnen die Arier gebracht haben. Geschichte ist also nicht, wie Marx es lehrte, eine Folge von Klassenkämpfen, sondern ein Ringen zwischen Rasse und Rasse, zwischen Blut und Blut. Die jüdische Rasse ist die Gegenrasse. Eine Vermischung von Ariern und Juden vernichtet daher den Wert der arischen Rasse, die doch zum Herrschen berufen ist. Weil die Arier Herrenrasse sind, entspricht ihrem Wesen nicht der auf Massen gegründete Staat, in dem die Majorität entscheidet. Die Staatsform der Arier ist vielmehr aristokratisch, in ihr soll die Persönlichkeit zur Geltung kommen. Deshalb nicht



Massenprinzip, sondern Führerprinzip. Der Führer ist begnadet und führt das aus, was das Volk ahnend will. Vom Standpunkt der Rasse aus ist Sozialismus einmal Gemeinschaft des Blutes, und dann ist er Sicherung, die die Gemeinschaft trifft, um die Ausbeutung des Einzelnen oder ganzer Gruppen durch andere zu verhindern. Sozialismus ist kein System, sondern eine Haltung. So sind geschickt Schlagworte zu einem lockeren Zusammenhang zusammengeworfen, die jedem etwas geben können, vor allem aber abgestellt sind auf die Verzweiflung des Kleinbürgertums, das vor der kommenden Herrschaft des Kommunismus und für seine Ersparnisse zittert. Ihm wird gesagt, daß es zu einer Herrenrasse gehört, die zum Herrschen berufen sei. Das klang wohl in den Ohren einer Schicht, die seit Jahrzehnten ständig unter sozialem Minderwertigkeitsgefühl gelitten hatte. Außerdem zeigt er dem Kleinbürgertum und der Jugend auch den leicht erkennbaren Schuldigen an aller Not: den Juden, auf den die Leidenschaften des von einer Panik ergriffenen Kleinbürgertums und der enttäuschten Jugend gelenkt werden.

Daß das Sammelsurium von Gedanken, die Hitler in die Massen wirft, und das von ihnen begeistert aufgenommen wird, keine nationale Idee ist, ist wohl einleuchtend, wenn man sich das Wesen einer nationalen Idee vor Augen hält. Aber das hat man damals nicht erkannt, man war wie hypnotisiert. Eigenartigerweise unterzog man auch die Person Hitlers selbst keiner Prüfung. Man bemerkt nicht, daß man einen aus Österreich eingewanderten Lumpenproletarier vor sich hat, dessen Vergangenheit in erheblichem Umfang im Dunkel lag. Ebenso wenig unterzieht man die einer Prüfung, die um ihn sind. Sonst hätte man wohl bemerkt, daß es drei Gruppen sind, die sich scharf voneinander abheben:

Es sind zuerst die gescheiterten Existenzen wie Hitler selbst, also Lumpenproletarier, die seine nächste Umgebung bilden, und die die Führerschicht der Partei darstellen. Diese Schicht wird verstärkt durch die zweite Gruppe, die Landsknechtstypen aus den militanten Verbänden, die in den beiden Privatarmeen Hitlers Unterkunft gefunden haben, und die in der Mehrzahl ebenfalls Lumpenproletarier sind. Endlich zeichnet sich von diesen beiden Gruppen klar die Masse der kritiklosen Idealisten ab, die meist aus dem Kleinbürgertum stammen, die Mehrzahl der Anhänger darstellen, aber auf die Führung der Partei ohne Einfluß sind, doch von Hitler hypnotisiert, ihm blind folgen. Teile des Besitzbürgertums sehen in Hitler den Mitkämpfer gegen die Gewerkschaften, mit deren Anerkennung als gleichberechtigte Partner einzelne Vertreter der großen Industrie des Ruhrgebiets sich noch nicht haben abfinden können. So fließen Hitler aus den Kreisen der

Kirdorf und Thyssen Mittel zu, die er braucht, um seine „Bewegung“ zu organisieren und seine Propaganda unter die Massen zu werfen.

Wir können uns die Schilderung ersparen<sup>80</sup>, wie das deutsche Parlament sich selbst ausschaltete, weil der Zank der Parteien die Oberhand über die politischen Notwendigkeiten bekommen hatte. Die auflösenden Tendenzen, die von der großen Wirtschaftskrisis ausgingen, verstärkten die an sich schon vorhandene Zersplitterung der politischen Kräfte. Hinzu kamen die Intrigen, die in den politischen Klubs und in den Konventikeln ihren Ursprung hatten, die sich um den Reichspräsidenten gebildet hatten und im Dunkel der Nichtverantwortlichkeit wirkten. Auf diese Weise kam es schließlich dazu, daß der „böhmische Gefreite“ im Grunde doch gegen den Willen des gealterten und müde gewordenen Feldmarschall-Reichspräsidenten die Macht des Reiches, äußerlich legal, in seine verderblichen Hände nehmen konnte. Jetzt hatte die führende Schicht gefehlt, die die Herrschaft zu übernehmen bereit war, und jetzt hatte die nationale Idee gefehlt, die den Maßstab für eine kritische Beurteilung der Lage und der Personen hätte abgeben können.

So verfiel das deutsche Volk, vor allem das Kleinbürgertum, einer Pseudoidee zum Opfer, und so drang das Lumpenproletariat am 30. Januar 1933 als führende Schicht in den gesellschaftlichen und politischen Raum ein, den das Besitzbürgertum leer gelassen hatte. Es begann die große *dance macabre*, die wir mit Schauern erlebt und aus Zwang und Unfreiheit mitgetanzt haben bis zum bitteren Ende am 5. Mai 1945.

### C.

Die Frage nach der deutschen nationalen Idee ist, wie wir gesehen haben, keine müßige Frage. Wir haben versucht, eine Antwort darauf zu geben, warum es unter den großen Völkern dem deutschen Volk bisher nicht gelungen ist, eine nationale Idee zu entwickeln, und wir haben die Folgen dieses Fehlens aufgezeigt.

Eine nationale Idee konnte sich in den Jahrzehnten nach den Befreiungskriegen nicht bilden, weil einmal die zahlreichen selbständigen und souveränen großen und kleinen Staaten, die den Deutschen Bund bildeten, glaubten, eine eigene Politik treiben zu können, so daß der nationale Einheitsstaat nicht zustandekommen konnte. Dann war die

<sup>80</sup> S. dazu Walter Görlitz, Hindenburg, Bonn 1953. Theodor Eschenburg, Kurze Geschichte der Weimarer Republik; Deutsche Rundschau 80. Jahrg. 1954. D. Groener-Geyer, General Groener, Frankfurt 1955. Walter Conze, Die Krise des Parlamentarismus von 1920/30 in Hist. Zeitschr. Bd. 178, 1954, S. 47 ff. Derselbe, Zum Sturz Brünnings in Vierteljahresh. zur Zeitgeschichte 1. Jahrg. 1953.

führende Schicht von partikularistischen Interessen geleitet, weil das ihrer Klassenlage entsprach, und endlich begann im deutschen Volk die Fähigkeit, religiös zu glauben, immer mehr abzugehen. Erst Bismarck konnte durch seine überragende Persönlichkeit und sein Genie in Preußen eine preußische nationale Idee erwecken, mit deren Hilfe es zur Errichtung des Reiches kam. Aber dann ließ Bismarck sein Reich ohne Auftrag zurück. Und so glitt es in die Bahn eines konfusen Chauvinismus, und gleichzeitig hielt sich eine führende Schicht an der Macht, die partikularisch eingestellt war, weil es ihre gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Interessen verlangten. Aber diese Schicht war nach der gesamten ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklung nicht mehr zur Führung berufen. Außerdem wandte sich unter dem Einfluß der modernen Technik und der Wissenschaften ein immer größerer Teil des Volkes, vor allem seiner protestantischen Mehrheit innerlich von Religion und Kirche ab, die durch ihre engen Beziehungen zum Staat in der Freiheit der Verkündigung weitgehend gebunden war. Als der erste Weltkrieg kam, mußte das deutsche Volk ohne nationale Idee in diesen Krieg eintreten. Unter der Schwere und Länge des Krieges sowie unter dem Druck der Nahrungsmittelnot verstärkten sich bei fehlender nationaler Idee die Tendenzen zur Zersplitterung der politischen Kräfte, und man hatte kein Ziel, um dessentwillen man Krieg führte. Der Krieg ging verloren, und nunmehr versagte sich die zur Führung berufene Schicht des Besitzbürgertums der Führung und Verantwortung. Friedensdiktat, Abneigung gegen die Weimarer Republik, Inflation und Wirtschaftskrise ließen es zu keiner Zusammenfassung der ständig auseinanderstrebenden politischen Kräfte kommen. Die einsetzende Hoffnungslosigkeit der Jugend und des Kleinbürgertums fand keinen genügenden Ausgleich auf religiösem Gebiet, denn die Wandlung in der evangelischen Theologie und Kirche, die durch Barth herbeigeführt worden war, benötigte Zeit, um wirksam zu werden. Aus allen diesen Gründen konnte aus der Not der Jahre nach dem ersten Weltkrieg eine nationale Idee nicht geboren werden. Die Folge war, daß das verzweifelte Kleinbürgertum und die enttäuschte Jugend einer Pseudoidee zum Opfer fielen, die dazu beitragen sollte, Volk und Reich in den Untergang zu stürzen. Man hatte einen platten Chauvinismus für eine nationale Idee gehalten.